



Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1985	
Westliche Industrieländer: Wirtschaftliche Expansion setzt sich abgeschwächt fort ...	1
Bundesrepublik Deutschland: Weiterhin exportgetragener Konjunkturanstieg	9

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 1-2/85

Berlin

4. Januar 1985

52. Jahrgang

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1985

Westliche Industrieländer: Wirtschaftliche Expansion setzt sich abgeschwächt fort

Rückblick auf das Jahr 1984

Der wirtschaftliche Aufschwung in der westlichen Welt war im Jahre 1984 kräftiger als zu Jahresbeginn prognostiziert. Wiederum wurde die Entwicklung in den USA unterschätzt, wo das wirtschaftliche Wachstum sich nochmals stark beschleunigte und bei erheblich steigenden Importen auf die anderen Länder ausstrahlte. Am meisten profitierte hiervon Japan, wo von der Ausfuhrzunahme starke Impulse auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ausgingen, weniger Westeuropa, wo die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung allerdings auch etwas stärker gewesen ist, als zu Jahresbeginn vorausgeschätzt worden war. Die Entwicklungsländer wurden durch den Importsog aus den USA ebenfalls begünstigt. Jedoch wirkte er hier nicht expansionsbeschleunigend, weil die Verbesserung der Zahlungsbilanz in diesen Ländern Vorrang hatte und aus diesem Grunde eine Austeritätspolitik betrieben wurde, die die Inlandsnachfrage zurückstaute, um die Importe zu verringern¹.

Die gegenwärtige Entwicklung in den USA macht deutlich, daß eine stark expansive Finanz- und Geldpolitik auch heute noch zu einem kräftigen Wirtschaftswachstum führt. Die Expansion verstärkte sich im ersten Halbjahr 1984 vor allem deswegen, weil die Zunahme des privaten Verbrauchs, die 1983 durch die Senkung der Einkommensteuer in Gang gesetzt worden war, rasch auf die Investitionen übergriff, und zwar nicht nur auf die Lager-, sondern auch auf die Anlageinvestitionen. Mit der Beschleunigung des

Wachstums ging allerdings eine beträchtliche Verschlechterung der Leistungsbilanz einher, obwohl es zu keiner ins Gewicht fallenden Inflationsverstärkung kam, weil in ausreichendem Maße Kapazitäten für die kräftig steigende Produktion bereitstanden. Bei überbewertetem Dollar, der die Wettbewerbs- und Exportfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft stark beeinträchtigte, wurde jedoch ein erheblicher Teil der Zunahme der Inlandsnachfrage auf die Auslandsmärkte gelenkt. Zwar war das Defizit im Bundeshaushalt noch hoch, jedoch nahm es nach dem Ende der Einkommensteuersenkungen bei wieder steigenden Steuereinnahmen ab. Zudem stieg der Haushaltsüberschuß der Länder und Gemeinden — ebenfalls konjunkturbedingt — an. Das Haushaltsdefizit des Gesamtstaates war mit einem Anteil von rd. 3 vH am Bruttosozialprodukt nicht höher als im Durchschnitt der Industrieländer. Nach dem starken Impulse, die die Steuersenkung gegeben hatte, abgeklungen waren, schwächte sich allerdings die wirtschaftliche Expansion im zweiten Halbjahr 1984 erheblich ab.

In Japan griff die kräftige Ausfuhrsteigerung 1984 auf die Investitionsentwicklung über; aber auch der private Verbrauch nahm wieder stärker zu. Damit wurde in Japan eine Expansion auf breiterer Front als in den Jahren davor in Gang gesetzt. Dennoch blieb auch 1984 der Export die stärkste Nachfragestütze.

¹ Siehe hierzu auch: Wirtschaftslage in der Dritten Welt — Noch keine Entwarnung für die ärmeren Länder. Bearb.: Herbert Wilkens. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 51-52/1984.

Die Zahlungsbilanzen der einzelnen Wirtschaftsräume

in Mrd. US-\$ zu jeweiligen Wechselkursen

	1979	1980	1981	1982	1983	1984 ¹⁾	1985 ¹⁾	1979	1980	1981	1982	1983	1984 ¹⁾	1985 ¹⁾
Westeuropäische Industrieländer ²⁾								darunter: EG						
Leistungsbilanz	-12,0	-42,6	-12,9	-8,9	+8,0	+12	+15	-8,5	-36,0	-12,2	-10,6	+3,3	+5	+8
Handelsbilanz	-18,6	-46,2	-10,6	-3,7	+6,6	+10	+14	-11,2	-33,5	-5,7	-0,3	+6,9	+8	+13
Dienstleistungsbilanz	+28,4	+28,1	+20,3	+16,6	+20,5	+20	+18	+21,9	+19,0	+13,6	+9,1	+13,2	+12,5	+10
Übertragungsbilanz	-21,8	-24,5	-22,6	-21,8	-19,1	-18	-17	-19,2	-21,5	-20,1	-19,4	-16,8	-15,5	-15
Kapitalbilanz ⁶⁾	+10,6	+54,5	-7,8	+1,8	-2,0	-18	.	+9,3	+45,9	-7,1	+1,6	+3,2	-10,5	.
Langfristiger Kapitalverkehr	-17,2	-13,6	-19,4	-26,8	-25,9	-25	.	-4,6	-1,8	-8,7	-11,6	-5,7	-10,5	.
Kurzfrist. Kapitalverkehr 7)	+27,8	+68,1	+11,6	+28,6	+23,9	+7	.	+13,9	+47,7	+1,6	+13,2	+8,9	0	.
Devisenbilanz ⁸⁾	+1,4	-11,9	+20,7	+7,1	-6,0	+6	.	-0,8	-9,9	+19,3	+9,0	-6,5	+5,5	.
Goldhaltung d.Währungsbehörden	+3,7	+0,6	+1,8	+0,9	+0,9	+0,5	.	+3,7	+0,5	+1,4	+0,7	+0,7	+0,5	.
Devisenhaltg.d.Währungsbehörden	-24,6	-20,2	+27,0	+13,5	-7,1	+2	.	-26,2	-18,1	+25,6	+15,3	-8,4	+2	.
Position b.Weltwährungsfonds9)	-0,9	-0,6	-0,7	-1,2	-0,6	+0,5	.	-0,7	-0,6	-0,7	-1,0	-0,1	0	.
Deisenverpflichtung gegenüber Währungsbehörden	+23,2	+8,3	-7,4	-6,1	+0,8	+3	.	+22,4	+8,3	-7,0	-6,0	+1,3	+3	.
Außereuropäische Industrieländer ³⁾								darunter: Vereinigte Staaten von Amerika						
Leistungsbilanz	-13,8	-11,2	+4,5	-0,3	-19,3	-75	-65,5	-1,0	+0,5	+4,7	-9,3	-41,6	-105	-100
Handelsbilanz	-21,5	-15,4	-1,4	-3,4	-14,7	-64,5	-50	-27,6	-25,5	-28,0	-36,5	-61,1	-120	-110
Dienstleistungsbilanz	+14,3	+12,3	+13,7	+12,3	+5,6	+1	-4	+32,7	+33,6	+40,2	+36,1	+28,8	+25	+20
Übertragungsbilanz	-6,6	-8,1	-7,8	-9,2	-10,2	-11,5	-11,5	-6,1	-7,6	-7,5	-8,9	-9,3	-10	-10
Kapitalbilanz ⁶⁾	+14,2	+9,0	-4,0	-4,9	+15,1	+79	.	+15,0	-8,0	-7,9	+9,6	+35,8	+109	.
Langfristiger Kapitalverkehr	-35,0	-15,0	-6,7	-14,2	-24,8	-8	.	-23,6	-17,3	-0,7	-3,9	-6,6	+20	.
Kurzfrist. Kapitalverkehr 7)	+49,2	+24,0	+2,7	+9,3	+39,9	+87	.	+38,6	+9,3	-7,2	+13,5	+42,4	+89	.
Devisenbilanz ⁸⁾	-0,4	+2,2	-0,5	+5,2	+4,2	-4	.	-14,0	+7,5	+3,2	-0,3	+5,8	-4	.
Goldhaltung d.Währungsbehörden	+0,4	+0,5	+1,2	+0,8	+0,5	+0,5	.	+0,4	+0,4	+1,0	+0,6	+0,5	+0,5	.
Devisenhaltg.d.Währungsbehörden	+13,7	-11,6	-3,6	+5,5	+2,5	0	.	+0,6	-6,3	+0,4	-0,4	+3,9	+0,5	.
Position b.Weltwährungsfonds9)	-0,9	-1,6	-3,6	-4,1	-4,0	-0,5	.	-1,4	-1,5	-3,7	-3,5	-3,8	-1	.
Deisenverpflichtung gegenüber Währungsbehörden	-13,6	+14,9	+5,5	+3,0	+5,2	-4	.	-13,6	+14,9	+5,5	+3,0	+5,2	-4	.
Übrige Welt ⁴⁾								darunter: Entwicklungsländer ⁵⁾						
Leistungsbilanz	+25,8	+53,8	+8,4	+9,2	+11,3	+63	+50,5	+10,2	+34,1	-41,9	-86,6	-58,3	-40,5	-45
Handelsbilanz	+40,1	+61,6	+12,0	+7,1	+8,1	+54,5	+36	+62,7	+99,7	+45,9	+12,9	+22,7	+45	+45
Dienstleistungsbilanz	-42,7	-40,4	-34,0	-28,9	-26,1	-21	-14	-52,5	-65,6	-87,8	-99,5	-81,0	-85,5	-90
Übertragungsbilanz	+28,4	+32,6	+30,4	+31,0	+29,3	+29,5	+28,5	.	.	.	.	.	.	.
Kapitalbilanz ⁶⁾	+2,7	-42,0	-12,1	-24,3	-12,5	-52	.	+13,7	-18,6	+37,7	+70,3	+58,4	+42	.
Langfristiger Kapitalverkehr	+52,2	+28,6	+26,1	+41,0	+50,7	+33	.	.	.	.	.	.	.	.
Kurzfrist. Kapitalverkehr 7)	-49,5	-70,6	-38,2	-65,3	-63,2	-85	.	.	.	.	.	.	.	.
Devisenbilanz ⁸⁾	-28,5	-11,8	+3,7	+15,1	+1,2	-11	.	-23,9	-15,5	+4,2	+16,3	-0,1	-1,5	.
Goldhaltung d.Währungsbehörden	-4,1	-1,1	-3,0	-1,7	-1,4	-1	.	-0,3	-0,2	+0,7	+0,6	+0,4	+0,5	.
Devisenhaltg.d.Währungsbehörden	-26,2	-12,9	+2,4	+11,5	-2,0	-10,5	.	-23,5	-13,2	+6,3	+14,8	+3,5	-2,5	.
Position b.Weltwährungsfonds9)10)	+1,8	+2,2	+4,3	+5,3	+4,6	+0,5	.	-0,1	-2,1	-2,8	+0,9	-4,0	+0,5	.

1) Geschätzt.- 2) EG, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz.- 3) USA, Kanada, Japan.- 4) Als Restsalden errechnet, die allerdings auch aufgrund von Unterschieden in der Erfassung einzelner Zahlungsbilanzposten entstehen; Kapital- und Devisenbilanz weichen von den Restsalden um den Betrag ab, um den sich die nicht gesondert ausgewiesenen Deisenverpflichtungen von Hartwährungsländern änderten.- 5) In der Abgrenzung des IMF; einschließlich Ölländer.- 6) Nettokapitalexport (-), -import (+).- 7) Einschl. statistischer Diskrepanz.- 8) Bestandszunahme (-), -abnahme (+).- 9) Einschl. Sonderziehungsrechte. 10) Einschl. Verpflichtungen des Weltwährungsfonds.

Quellen: International Financial Statistics; Nationalstatistiken; IMF: World Economic Outlook, 1984.

Der Leistungsbilanzüberschuß Japans nahm 1984 nochmal beträchtlich zu und bildete einen wichtigen Gegenposten zu dem Leistungsbilanzdefizit der USA.

In Westeuropa, wo die wirtschaftliche Entwicklung in einigen Ländern auch durch Arbeitskämpfe beein-

trächtigt wurde, war die wirtschaftliche Expansion nicht zuletzt deswegen sehr viel moderater als in den USA und Japan, weil viele Regierungen das Vertrauen in die Wirksamkeit einer expansiven Wirtschaftspolitik verloren hatten und sich mehr Erfolg von einer auf Haushaltskonsolidierung gerichteten Finanzpolitik

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

LAENDER	1) GEWICHTE 1983 IN VH		VERAENDERUNG IN VH GEGENUEBER VORJAHR								
	BSP	AUSFUHR DER BRD	1983			1984			1985		
			2) REAL NOMINAL PREISE			2) REAL NOMINAL PREISE			2) REAL NOMINAL PREISE		
RUNDESREPURLIK DEUTSCHLAND	8.8		1.3	4.5	3.2	2.5	4.5	2	2	4.5	2.5
FRANKREICH	7.0	17.9	1.0	10.9	9.8	1.5	9	7.5	1.5	8	6.5
GROSSBRITANNIEN	6.1	11.4	3.6	8.9	5.1	2	6	4	2	7	5
ITALIEN	4.8	10.3	-1.2	13.7	15.0	2.5	14	11	2.5	12	9.5
NIEDERLANDE	1.8	12.2	0.6	2.4	1.9	1.5	4	2.5	2	4	2
BELGIEN	1.1	10.3	0.0	6.4	6.4	1.5	7	5.5	1.5	6.5	5
DAENEMARK	0.8	2.8	2.9	10.4	7.3	4	10	6	3	7.5	4.5
GRIECHENLAND	0.5	1.5	0.3	20.0	19.5	2	21.5	19	2	20	17.5
IRLAND	0.2	0.6	1.0	12.5	11.5	2.5	10.5	8	2.5	9.5	7
EG	31.1		1.2	8.6	7.3	2	8	5.5	2	7.5	5.5
EG OHNE BRD	22.3		1.2	10.2	9.0	2	9	7	2	8.5	6.5
EG OHNE BRD		67.0	0.9	8.9	8.0	2	8.5	6.5	2	8	6
SCHWEDEN	1.2	3.6	2.3	12.2	9.7	3	11	8	2.5	9	6.5
SCHWEIZ	1.4	7.2	1.0	4.2	3.1	2.5	5.5	3	2.5	5	2.5
OESTERREICH	0.9	7.2	2.1	6.0	3.8	2.5	7.5	5	2.5	6.5	4
NORWEGEN	0.8	1.6	3.2	10.5	7.1	3	9.5	6.5	2	8	6
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER	35.4		1.3	8.5	7.2	2	8	5.5	2	7.5	5
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER O.BRD	26.6		1.3	9.9	8.5	2	9	7	2	8.5	6
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER O.BRD		86.6	1.1	8.5	7.3	2	8.5	6	2	7.5	5.5
USA	44.7	10.6	3.7	7.7	3.8	7	11.5	4	3	7.5	4.5
KANADA	4.3	1.0	3.3	8.9	5.5	4	9	5	2.5	7.5	5
JAPAN	15.6	1.8	3.0	3.8	0.7	5.5	7.5	2	4.5	7	2.5
AUSSEREUROPA. INDUSTRIELAENDER	64.6		3.5	6.8	3.2	6.5	10.5	3.5	3.5	7.5	4
AUSSEREUROPA. INDUSTRIELAENDER		13.4	3.6	7.3	3.5	6.5	10.5	4	3	7.5	4.5
INSGESAMT	100.0		2.7	7.4	4.6	5	9.5	4.5	3	7.5	4.5
INSGESAMT OHNE BRD	91.2		2.9	7.7	4.7	5	10	4.5	3	7.5	4.5
INSGESAMT OHNE BRD		100.0	1.5	8.3	6.8	2.5	8.5	6	2	7.5	5.5

1) AUF DOLLARBASIS.- 2) DEFLATIONIERUNGSFAKTOR.- 3) GEWICHTET NACH DEN ANTEILEN DER LAENDER AN DER DEUTSCHEN WARENAUSFUHR.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHAEZTUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW. GESCHAEZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERAENDERUNGSRATEN GERUNDET.

sowie einer den Preissteigerungsspielraum einengenden Politik relativ knappen Geldes versprochen. Zwar war in einigen Ländern die Inflation noch relativ stark, so daß den Regierungen nichts anderes übrig blieb, als der Inflationsbekämpfung hohen Stellenwert einzuräumen. Jedoch wurde auch in denjenigen Ländern eine restriktive Wirtschaftspolitik betrieben, in denen sich — genauso wie in den USA — der Preisauftrieb stark abgeschwächt hatte.

Die Zentralbanken der westeuropäischen Länder sahen sich allerdings auch durch die Wirtschaftspolitik der USA in ihrem Handlungsspielraum stark eingeengt. Infolge des hohen Zinsniveaus in den USA drängte Kapital beträchtlichen Umfangs dorthin. Die westeuropäischen Notenbanken fürchteten deshalb, daß eine Lockerung des geldpolitischen Kurses nur

zu einer Verstärkung des Kapitalabflusses führen und die erwünschte Zinssenkung verhindert würde. Sie argwöhnten zudem, daß es zu einer noch stärkeren Abwertung der westeuropäischen Währungen kommen würde, die die Gefahr einer Inflationsbeschleunigung heraufbeschwörte.

Damit wurde aber das Ziel verfehlt, daß Westeuropa mit der Einführung flexibler Wechselkurse gegenüber dem Dollar zu erreichen gehofft hatte: eigenen wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum zu gewinnen. Tatsächlich wurde dieser Spielraum durch das amerikanische wirtschaftspolitische Vorgehen nicht eingeschränkt, sondern die Wirtschaftspolitik in den USA diente in Europa nur als Vorwand für die binnenwirtschaftlich orientierte Restriktionspolitik. Hät-

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern
Reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

LÄNDER	PRIVATER VERBRAUCH			ÖFFENTLICHER VERBRAUCH			BRUTTOANLAGE- INVESTITIONEN			EXPORTE VON GÜTERN			IMPORTE UND DIENSTEN		
	1983	1984	1985	1983	1984	1985	1983	1984	1985	1983	1984	1985	1983	1984	1985
HUNDESREPUBLIK															
DEUTSCHLAND	1.1	1	1.5	0.0	1	1	3.1	0.5	1.5	-1.3	7.5	6.5	0.5	5.5	4.5
FRANKREICH	1.0	0.5	1	1.8	2	0	-1.4	1	3	3.6	4.5	4	-0.9	2.5	3
GROSSBRITANNIEN	4.3	2	2	2.6	1	0.5	4.2	7.5	3	1.0	5	5	5.6	7	5
ITALIEN	-0.5	2	3	2.9	1.5	1	-5.3	1.5	3	3.9	5.5	4	0.8	6.5	4
NIEDERLANDE	-0.2	-0.5	0.5	1.0	-1	0	0.4	2	2	4.8	6	5	4.8	5	3
BELGIEN	-1.0	0	0.5	0.0	1	0	-6.2	3.5	2	-2.7	6	5	0.0	4	3
DÄNEMARK	2.2	2.5	2	1.3	0	0	2.3	12	7	5.4	4	5	2.2	6	4
GRIECHENLAND	0.6	1.5	1.5	2.4	3	3	-1.4	1	2	9.8	7	4	2.8	4	3
IRLAND	-3.7	1.5	1.5	-0.3	-1	0	-7.9	-1	2	11.0	12	7	3.0	6	4
1)															
EG	1.3	1	1.5	1.5	1	0.5	0.3	2.5	2.5	1.5	6	5	1.6	5	4
1)															
EG OHNE BRD	1.4	1	1.5	2.1	1	0.5	-1.0	3	3	2.6	5.5	4.5	2.1	5	3.5
SCHWEDEN	-1.6	1	1.5	0.9	1	0.5	0.0	3.5	2	11.5	8	5	1.6	7.5	4.5
SCHWEIZ	1.5	1.5	2	4.4	3.5	2	4.3	3	3	2.0	5	4	5.0	6	4
ÖSTERREICH	4.4	-0.5	2	2.0	2	2	-1.6	3.5	4	4.1	13	5.5	9.4	14	5
NORWEGEN	1.0	2	2.5	3.7	3	1.5	2.7	10	-2	7.0	5.5	2	-1.2	5.5	3
EUROPAEISCHE 1)															
INDUSTRIELÄNDER	1.3	1	1.5	1.6	1.5	0.5	0.5	2.5	2.5	2.1	6	5	2.0	5.5	4
1)															
EUROPAISCHE															
INDUSTRIEL. O. BRD	1.4	1	1.5	2.1	1.5	0.5	-0.5	3.5	3	3.3	6	4.5	2.4	5.5	4
USA	4.8	6	3	0.1	3.5	4	8.2	18	8	-5.5	5	7	7.5	28	15
KANADA	3.2	3.5	2.5	0.3	2.5	2.5	-4.9	1	2.5	6.4	18	5	8.1	15	5
JAPAN	3.3	4	4	2.6	2.5	2	0.3	5.5	5	4.8	16	8	-4.5	12	6
AUSSEREUROP. 1)															
INDUSTRIELÄNDER	4.4	5.5	3	0.5	3.5	3.5	4.5	12.5	6.5	-0.7	10	7	4.3	21.5	11
1)															
INSGESAMT	3.3	4	2.5	0.9	2.5	2.5	3.1	9	5	1.0	8	6	3.0	12.5	7
1)															
INSGESAMT O. BRD	3.5	4	3	1.0	2.5	2.5	3.1	10	5.5	1.3	8	6	3.4	13.5	7.5
1) GEWICHTE 1983 AUF DOLLARBASIS.															
QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHÄTZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW. GESCHÄTZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERÄNDERUNGSRATEN GERUNDET.															

ten die westeuropäischen Regierungen — ermutigt durch den Erfolg der expansiven Politik in den USA — in Kooperation miteinander und nicht nur einzelne unter ihnen im Alleingang einen ähnlichen Expansionskurs wie die amerikanische Regierung verfolgt, so wäre der Zinszusammenhang mit den USA zunächst unterbrochen worden, und von der Zinsentwicklung wären weniger dämpfende Effekte ausgegangen. Ein gemeinsames Vorgehen in Westeuropa hätte schließlich einen ähnlichen Aufschwung wie in den USA in Gang gesetzt, bei dem sich allerdings das Zinsniveau auch in Westeuropa wieder erhöht hätte. Auf längere Sicht wäre die Wechselkursentwicklung weniger hektisch gewesen, die Leistungsbilanzen hätten mit geringeren Salden abgeschlossen, und Kapital wäre nicht einseitig in die USA geflossen. Die westeuropäischen Regierungen waren jedoch nicht bereit, die amerikanischen Erfahrungen zum Vorbild zu nehmen.

Da sich die Wirtschaftspolitik in den einzelnen westeuropäischen Industrieländern nur im Detail, nicht jedoch in der Grundrichtung unterschied, differierte das Wachstum des realen Sozialprodukts 1984 von Land zu Land weniger stark als im Jahr davor.

So wurde die Finanzpolitik in *Großbritannien* — anders als 1983 — restriktiv gestaltet, während die Geldpolitik zunächst noch etwas gelockert wurde. Die Zunahme des staatlichen Verbrauchs schwächte sich wieder ab, und die staatlichen Investitionen gingen sogar zurück. Wenn es trotz der restriktiven Finanzpolitik und des anhaltenden Streiks der Bergarbeiter nur zu einer leichten Wachstumsverlangsamung kam, so lag dies an dem davon zunächst noch unbeeinträchtigten Investitionsverhalten der privaten Unternehmen. Die Unternehmen dehnten die Anlageinvestitionen sogar erheblich stärker aus, als vor einem Jahr

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern

Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

LÄNDER	BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTÄTIGKEIT UND VERMOEGEN						1) STUECKGEWINN			2) LOHNSTUECKKOSTEN			3) LOHNSTUECKKOSTEN					
	INSELSTÄNDIGER ARBEIT																	
	IN LANDESWÄHRUNG															IN SZR		
	1983	1984	1985	1983	1984	1985	1983	1984	1985	1983	1984	1985	1983	1984	1985			
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	11.2	9	5.5	1.7	2.5	4.5	9.7	6.5	3	0.4	0	2	-1.5	-6.5				
FRANKREICH	12.0	13	11	10.5	7.5	7	10.9	11.5	9.5	9.4	6	5.5	-2.6	-4				
GROSSBRITANNIEN	13.7	7	5.5	7.5	7	7.5	9.8	5	3.5	3.8	5	5.5	-7.1	-4				
ITALIEN	3.1	16	13	15.1	14	12	4.5	13.5	10	16.5	11	9.5	7.1	0				
NIEDERLANDE	4.2	10.5	9	1.1	1.5	1.5	3.7	9	6.5	0.5	0	-0.5	-2.9	-7.5				
BELGIEN	9.3	12.5	12	5.3	5.5	4.5	9.3	11	10	5.3	4	3	-2.8	-4.5				
DAENEMARK	17.5	20	11	7.8	7	6	14.2	15	8	4.7	3	3	-1.5	-5.5				
GRIECHENLAND	21.7	24.5	22.5	18.0	18	17	21.3	22	20	17.7	15.5	14.5	-7.8	-6				
IRLAND	16.3	17	14.5	11.0	9	8	15.1	14	11.5	10.0	6.5	5.5	-0.3	-4				
3) EG	10.3	12	9	7.5	7	7	8.8	9	6.5	5.3	4	4	-1.8	-4.5				
EG OHNE BRD	10.0	13	10.5	9.7	8.5	8	8.4	10	8	7.4	5.5	5	-1.9	-4				
SCHWEDEN	16.6	17.5	11.5	9.5	9.5	8.5	14.0	14	8.5	7.1	6.5	6	-9.4	3				
SCHWEIZ	3.9	8.5	7.5	4.6	4	4	2.9	6	4.5	3.5	1.5	1.5	3.4	-5.5				
OESTERREICH	9.6	13	10.5	4.1	5.5	5	7.3	10.5	8	1.9	3	2.5	-0.1	-3.5				
NORWEGEN	13.2	13	9.5	8.4	8	7.5	9.8	10	7	5.0	5	5.5	-4.1	-2				
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER	10.3	12	9	7.3	7	6.5	8.8	9	6.5	5.2	4	4	-1.9	-4.5				
EUROPAEISCHE INDUSTRIEL.O.BRD	9.9	13	10.5	9.2	8	7.5	8.4	10	8	6.9	5	4.5	-2.1	-3.5				
USA	13.6	16.5	8	6.5	9.5	7.5	9.6	8.5	5	2.7	2.5	4.5	6.1	6.5				
KANADA	27.5	20	13	5.5	6	5.5	23.4	15.5	10	2.2	2	3	5.7	1				
JAPAN	2.6	11	8.5	5.7	6	6.5	-0.5	5	3.5	2.6	0.5	2	11.1	4.5				
AUSSEREUROP. INDUSTRIELAENDER	11.5	15	8.5	6.5	8.5	7	8.6	8.5	5.5	2.6	1.5	3.5	7.7	5				
3) INSGESAMT	11.1	14	8.5	6.6	8	7	8.7	9	6	4.2	3	4	1.8	-0.5				
3) INSGESAMT O.BRD	11.1	14.5	9	7.1	8.5	7	8.5	9.5	6.5	4.9	3.5	4	2.4	0.5				

1)BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTÄTIGKEIT UND VERMOEGEN JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOSOZIALPRODUKTS.- 2)BRUTTOEINKOMMEN AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOSOZIALPRODUKTS.-3)GEWICHTET MIT 1983ER ANTEILEN. FÜR 1) UND 2): GEWICHTET NACH EXPORTANTEILEN, WIE SIE - MIT AUSNAHME FÜR USA - DER BERECHNUNG DER SZR ZUGRUNDELIEGEN.

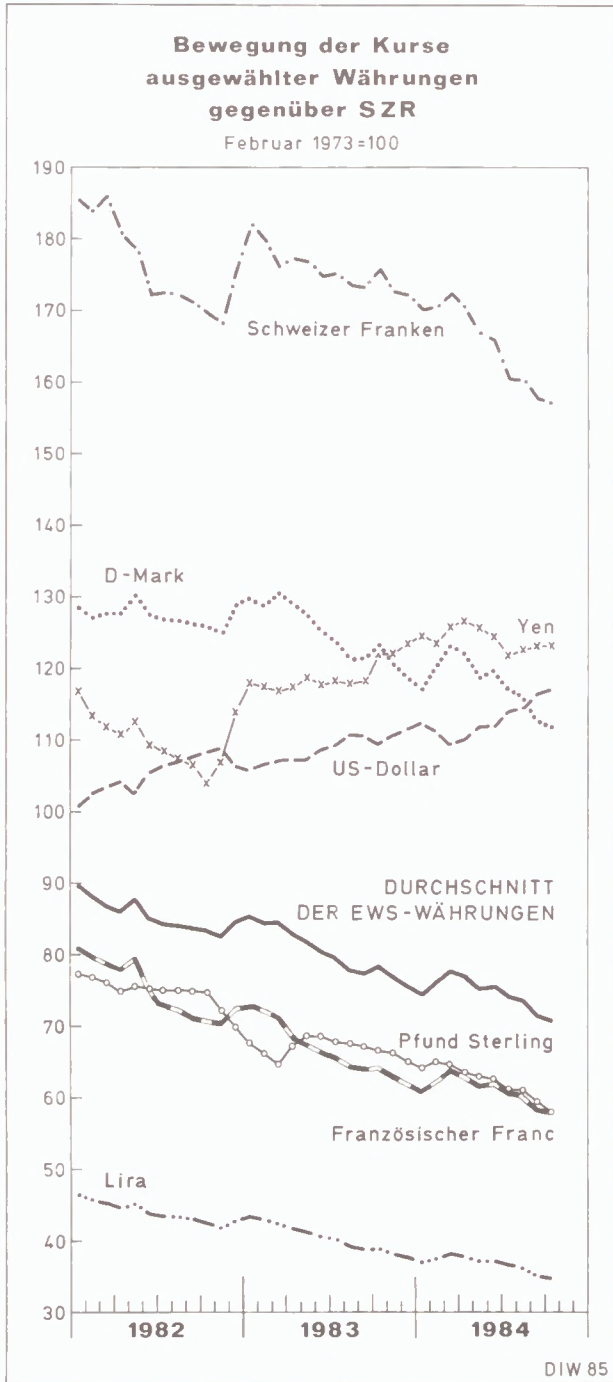
QUELLEN: SAEG,VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN; NATIONALSTATISTIKEN UND SCHAETZUNGEN DES DIW. GESCHAETZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERÄNDERUNGSRATEN GERUNDET.

vorausgeschätzt worden war. Da jedoch die übrigen Komponenten der Inlandsnachfrage infolge der restriktiven Finanzpolitik nur schwach zunahmen, wurde die Chance verpaßt, daß das wirtschaftliche Wachstum — angeführt von den privaten Anlageinvestitionen — den lang ersehnten steileren Pfad erreichte, auf dem ein Abbau der hohen Arbeitslosigkeit möglich geworden wäre, im Gegenteil, die Arbeitslosigkeit nahm auch in Großbritannien 1984 wieder zu.

In Frankreich hatte sich die Regierung erst 1983 — unter dem Druck außenwirtschaftlicher Zwänge — dem restriktiven wirtschaftspolitischen Vorgehen der Handelspartner angeschlossen. Dies hatte zu sehr pessimistischen Prognosen für das Jahr 1984 geführt, in denen außenwirtschaftliche Schwierigkeiten und sogar ein möglicher Rückgang der Produktion vorausgesagt wurden. Die tatsächliche Entwicklung im Jahre 1984 war zwar nicht zufriedenstellend, aber doch besser als prognostiziert. So ist das Sozialprodukt 1984 leicht gestiegen. Obwohl das verfügbare Real-

einkommen im vergangenen Jahr auch infolge von Abgabenerhöhungen gesunken ist, hat der private Verbrauch noch etwas zugenommen. Die Einkommensverteilung hat sich in den letzten zwei Jahren zugunsten der Unternehmen verbessert. Auch die Absatzerwartungen der Unternehmen haben sich bei weiterhin reger Auslandsnachfrage stabilisiert. Die Investitionstätigkeit hat sich demzufolge im Laufe des Jahres 1984 belebt. Hierzu haben allerdings im wesentlichen Umfang staatliche Mittel beigetragen. Die Bauinvestitionen, vor allem im privaten Wohnungsbau, waren 1984 noch rückläufig.

Auch die — relativ günstige — außenwirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1984 entsprach nicht den pessimistischen Prognosen. Das Defizit im Außenhandel konnte gegenüber 1983 etwa halbiert werden, eine Tatsache, die um so bemerkenswerter ist, als 1984 umfangreiche Ölimporte nachgeholt werden mußten, die im zweiten Halbjahr 1983 aus Gründen der Zahlungsbilanzkosmetik aufgeschoben worden waren.



Ein Anstieg der Arbeitslosenzahl konnte nicht verhindert werden. Die unbefriedigende Beschäftigungssituation sowie einkommenspolitische Maßnahmen der Regierung, mit denen eine Obergrenze für Lohnanhebungen gesetzt wurde, aber auch anhaltende Preiskontrollen bewirkten immerhin, daß der Preisanstieg im Jahresdurchschnitt 1984 nur noch etwa 7 vH betrug — nach knapp 10 vH im Vorjahr. Mit diesem Stabilisierungserfolg liegt der Preisauftrieb in Frankreich nur geringfügig über dem europäischen Durchschnitt.

Nach einem Rückgang im Vorjahr ist in *Italien* das Sozialprodukt 1984 wieder gestiegen. Die Expansion wurde vor allem von der Nachfrage der privaten Haushalte und der privaten Unternehmen getragen. Einmal haben sich die verfügbaren realen Einkommen erhöht, weil die Preissteigerungen rascher gedämpft wurden als der Lohnanstieg, so daß der private Verbrauch leicht expandierte. Zum anderen hat sich bei den privaten Unternehmen die Absatz- und Ertragslage verbessert. Die Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen nahm daher wieder zu. Dagegen entwickelten sich die Bauinvestitionen nur schleppend; weiterhin hohe Finanzierungskosten und die Kürzung öffentlicher Förderungsmittel beeinträchtigten vor allem den Wohnungsbau.

Zwar ist der Preisauftrieb im Vergleich zu den anderen Industrieländern immer noch sehr kräftig, doch wurden gegen Jahresende wieder einstellige Inflationsraten erzielt. Zur Verlangsamung des Preisanstiegs trugen sowohl die gedämpfte Geldmengenerweiterung als auch die konjunkturell bedingte Erhöhung der Produktivität bei, die bewirkte, daß die Lohnstückkosten langsamer zunahm. Die Arbeitslosigkeit konnte nicht abgebaut werden.

Die wirtschaftspolitischen Einflußmöglichkeiten

Im Jahre 1984 ist es den USA im Gegensatz zu Westeuropa zwar gelungen, ein wirtschaftliches Wachstum beträchtlichen Ausmaßes anzuregen. Die Nachfrageabschwächung im zweiten Halbjahr 1984 macht jedoch deutlich, daß der Wachstumsprozeß noch keineswegs gefestigt ist. Die USA stehen somit vor einer Phase, in der der Beweis dafür zu erbringen ist, daß der mit Hilfe der expansiven Geld- und Finanzpolitik eingeleitete Wachstumsprozeß dauerhaft ist. Die Anhänger einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik sprechen von einem sich selbst tragenden Wachstum, wenn es durch steigende Investitionen der Unternehmen in Gang gehalten wird und nicht auf ständig neue staatliche Anregungsmaßnahmen angewiesen ist. Der Begriff des sich selbst tragenden Wachstums ist jedoch irreführend, weil er suggeriert, es komme dabei nicht mehr auf den künftigen geld- und finanzpolitischen Kurs an. Wie die Entwicklung in Großbritannien zeigt, ist ein stärkeres Wirtschaftswachstum schwer aufrechtzuerhalten, wenn die Wirtschaftspolitik auf einen restriktiven Kurs einschwenkt. Zwar sind kräftige Anregungsmaßnahmen, wie sie erforderlich waren, um die Rezession in den USA zu überwinden und einen befriedigenden Wirtschaftsaufschwung einzuleiten, immer nur für kurze Dauer möglich. Jedoch kann die Wirtschaftspolitik schwerlich auf einen anhaltenden Expansionsprozeß hinwirken, wenn sie nur antizyklisch vorgeht und sich

auf kurzfristige Anstöße beschränkt. Ihnen muß eine in der Grundrichtung weiterhin expansive, wenn auch schwächer dosierte Politik folgen. Dabei kann der Einfluß eines Politikbereiches zurückgehen und der eines anderen zunehmen.

Nachdem in den USA die Finanzpolitik in beträchtlichem Umfang zur wirtschaftspolitischen Anregung beigetragen hat, ist der finanzpolitische Handlungsspielraum vorerst erschöpft. Im Vordergrund steht gegenwärtig das Ziel der Haushaltskonsolidierung. Konsolidierungsmaßnahmen dämpfen allerdings die Expansion, es sei denn, von anderen Politikbereichen, wie der Geldpolitik, gehen kompensierende Impulse aus. Ohne eine Lockerung der Geldpolitik wäre, weil sich die Expansion weiter abschwächte, selbst eine allmähliche Haushaltskonsolidierung nicht zu erreichen. Eine solche Lockerung bildete die Voraussetzung für eine fühlbare Senkung des nach wie vor hohen Zinsniveaus. Die hohe Zinsbelastung der Unternehmen stand zwar bisher einem kräftigen Investitionsanstieg nicht entgegen. Bei sich abschwächender Expansion könnte sie jedoch eine Barriere bilden, die verhindert, daß der Wachstumsprozeß dauerhaft von der Investitionsentwicklung getragen wird.

Von Kritikern des wirtschaftspolitischen Kurses in den USA wird immer wieder auf das hohe Staatsdefizit sowie den hohen Passivsaldo der Leistungsbilanz hingewiesen und bezweifelt, daß die Geldpolitik überhaupt eine stärkere Zinssenkung herbeiführen könne. Beide Defizite werden durch den Zufluß ausländischen Kapitals finanziert, das nicht zuletzt durch das hohe Zinsniveau in den USA angelockt wird. Würden bei einer stärkeren Geldmengenausweitung die Zinsen sinken, so würde sich der Kapitalzufluß verringern oder sogar ein Kapitalabfluß einsetzen. Da in diesem Fall die USA in Finanzierungsschwierigkeiten gerieten, sei ein gelockerter geldpolitischer Kurs nicht lange durchzuhalten.

Eine solche Argumentation verkennt jedoch, daß im System flexibler Wechselkurse auch bei expansiverer Geldpolitik keine Finanzierungsschwierigkeiten entstehen können. Zinssenkungen, die bei fixen Wechselkursen zu Kapitalabflüssen führen würden, haben beim Floaten ein Sinken des Wechselkurses zur Folge. Der Kurs würde solange fallen, bis sich die Erwartung wieder steigender Kurse herausgebildet hätte und damit genügend Anreiz für weitere Kapitalströme in die USA geschaffen wäre. Dabei könnte es freilich zu drastischen Kurskorrekturen kommen, die dann für die übrigen Länder erhebliche Probleme bringen würden. Ein sinkender Dollarkurs würde allerdings die Wettbewerbs- und Exportfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft verbessern und zu einem allmählichen Abbau des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits beitragen. Zins- und Wechselkurssenkungen dank

gelockerter Geldpolitik würden somit nicht nur die Investitionen, sondern auch den Export begünstigen und damit das Wachstum stabilisieren.

Anders als kleinere Industrieländer sind die USA im System flexibler Wechselkurse in der Lage, eine geldpolitische Lockerung unabhängig vom wirtschaftspolitischen Kurs im Ausland durchzusetzen. Es ist jedoch anzunehmen, daß die meisten übrigen Länder, nachdem sie solange über die vermeintliche Einschränkung ihrer wirtschaftspolitischen Handlungsfreiheit durch das amerikanische Vorgehen geklagt haben, eine Lockerung in den USA begrüßen und ihr folgen würden. Die Zinsdifferenz zwischen den USA und den meisten übrigen Ländern würde sich dann nur wenig vermindern, der Dollarkurs würde nur geringfügig fallen. Dies erschwerte zwar zunächst den Abbau des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits, den übrigen Ländern bliebe aber eine Verschlechterung ihrer Wettbewerbsfähigkeit erspart, und ihre Exporte könnten weiterhin — wenn auch weniger stark als 1984 — die Expansion stützen. In dem Maße, wie dies geschieht und wie unter dem Eindruck gesunkener Zinsen auch die Investitionen wieder stärker zunehmen, würden aber auch die Einfuhren angeregt und die amerikanische Handelsbilanz entlastet.

Die Prognose für das Jahr 1985

Besteht somit sowohl in den USA als auch in den übrigen Industrieländern Spielraum für eine die Expansion stützende Wirtschaftspolitik, insbesondere im monetären Bereich, so stellt sich die Frage, wie wahrscheinlich es ist, daß dieser Spielraum genutzt wird. Wird die Geldpolitik in den USA so expansiv gestaltet werden, daß sich die wirtschaftliche Expansion 1985 nur auf das Ausmaß des Potentialwachstums von jährlich 3 bis 4 vH abschwächt? Wird sie in Westeuropa und Japan so gelockert werden, daß ein beschleunigtes Wachstum, insbesondere auch der Investitionen, möglich wird?

In den USA zeigen die Reaktionen des Federal Reserve Boards auf die Expansionsverlangsamung im zweiten Halbjahr 1984, daß er sich der Gefahr bewußt ist, die eine zu restriktive Geldpolitik für die weitere Wirtschaftsentwicklung darstellt. Der Federal Reserve Board hat deshalb die Geldmenge in letzter Zeit etwas stärker ausgedehnt als zuvor. Dies und die konjunkturbedingt schwächere Geldnachfrage haben bereits zu einer Zinssenkung geführt. Es ist damit zu rechnen, daß der Board — zumindest solange, wie die konjunkturelle Labilität anhält — einen expansiveren Kurs verfolgen und damit auf eine weitere Zinssenkung hinwirken wird. Zwar ist zu vermuten, daß die Geldpolitik später wieder, aus Furcht vor einer Inflationsbeschleunigung, auf einen weniger expansiven

Kurs einschwenken wird. Die jetzige Lockerung schafft jedoch vorerst Bedingungen, bei denen 1985 eine Fortsetzung der Expansion mit mäßigem Tempo wahrscheinlich ist. Auch der absehbare finanzpolitische Kurs rechtfertigt eine solche Prognose. Trotz der Konsolidierungsbemühungen der amerikanischen Regierung sind vorerst keine abrupte Beschneidung der staatlichen Ausgaben und keine einschneidenden Steuererhöhungen zu erwarten, so daß die Nachfrageentwicklung durch das Staatsverhalten zunächst nicht stark restriktiv beeinflusst wird.

Größere Unsicherheit besteht jedoch über das geld- und das finanzpolitische Vorgehen in etwas fernerer Zukunft. Wie lange wird der Federal Reserve Board bei dem expansiveren geldpolitischen Kurs bleiben? Wird die Regierung den Konsolidierungskurs nicht doch noch erheblich verschärfen, sobald sich herausstellt, daß das Staatsdefizit konjunkturbedingt wieder zunimmt? Schon die Erwartung solcher Kursrevisionen würde das Investitionsverhalten der Unternehmen erheblich beeinflussen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1985 könnte sich deshalb die Expansion weiter abschwächen oder sogar zum Stillstand kommen.

In der hier vorgelegten Prognose wird diesen Risikofaktoren für 1985 nur ein relativ geringes Gewicht beigemessen. Angenommen wird, daß diese allenfalls die Entwicklung im Jahre 1986 prägen. Für 1985 wird deshalb noch mit einer Zunahme des realen Sozialprodukts von 3 vH gerechnet. Abschwächen wird sich dabei nicht nur der Investitionsanstieg, sondern auch die Verbrauchs- und die Importzunahme. Eine nennenswerte Verringerung des hohen Leistungsbilanzdefizits ist allerdings 1985 noch nicht wahrscheinlich.

Die Wachstumsabschwächung in den USA im Jahre 1985 wird nicht ohne Rückwirkungen auf die übrigen Länder bleiben. Besonders stark wird hiervon die Exportentwicklung *Japans* betroffen werden. Allerdings ist auch für 1985 noch mit einem hohen japanischen Leistungsbilanzüberschuß zu rechnen. Bei verlangsamter Exportzunahme wird sich das Wachstum des Sozialprodukts in Japan abschwächen. Zwar sind dort seit 1984 auch wieder die inländischen Verwendungskomponenten in stärkerem Maße an der gesamtwirtschaftlichen Expansion beteiligt. Die Zunahme der Inlandsnachfrage dürfte sich jedoch 1985 kaum beschleunigen. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum wird trotzdem 1985 in Japan noch beachtlich bleiben und das Expansionstempo nicht nur in Westeuropa, sondern nun auch in den USA übertreffen.

In *Westeuropa* werden sich zwar infolge der Wachstumsverlangsamung in den USA die Exportaussichten ebenfalls verschlechtern, aber in viel geringerem Maße als in Japan, das mit dem amerikanischen Markt sehr viel enger verflochten ist. Von größerer Be-

deutung ist für Westeuropa, daß die westeuropäischen Zentralbanken wieder mehr Spielraum für eine expansivere Geldpolitik sehen werden. Unwahrscheinlich ist jedoch eine solche Lockerung der geldpolitischen Zügel, die eine nennenswerte Expansionsbeschleunigung zuließe. Eine solche Beschleunigung ist schon deswegen sehr unwahrscheinlich, weil die Finanzpolitik meist weiterhin restriktiv wirken wird.

Das gilt insbesondere für *Großbritannien*, wo der staatliche Verbrauch 1985 kaum noch zunehmen und die staatlichen Investitionen sogar beträchtlich zurückgehen sollen. Diesen vom Staat ausgehenden restriktiven Einflüssen dürfte eine schwächere Zunahme der privaten Investitionen gegenüberstehen als im Jahre 1984. Denn die Entwicklung der Gesamtnachfrage gibt den Unternehmen wenig Anlaß zu einer so starken Investitionsausdehnung, wie sie ihnen im vergangenen Jahr angemessen erschien. Bei der unbefriedigenden Beschäftigungsentwicklung — die Arbeitslosigkeit dürfte weiter steigen — wird der private Verbrauch nur mäßig zunehmen. Für 1985 ist deshalb mit keiner verstärkten gesamtwirtschaftlichen Expansion zu rechnen.

Auch in *Frankreich* wird sich 1985 die konjunkturelle Erholung zwar fortsetzen, sie wird aber nicht in einen Aufschwung einmünden. Eine Reduzierung der Inflationsrate auf 4,5 vH, wie von der Regierung angestrebt, wird nur schwer erreichbar sein; wahrscheinlicher ist ein Preisanstieg um 5,5 vH. Die Dämpfung des Preisanstiegs wird sich also nicht im bisherigen Tempo fortsetzen, so daß die Löhne und damit auch die Konsumnachfrage real stagnieren werden.

Die Regierung hat diese Gefahr schon im letzten Jahr erkannt und für 1985 eine Senkung der Einkommensteuer um 5 vH beschlossen. Diese wird sowohl die Unternehmen entlasten als auch den privaten Verbrauch stützen. Da auch die Auslandsnachfrage — bei insgesamt allerdings wieder härterem außenwirtschaftlichen Wettbewerb — noch rege bleiben wird, ist nicht zu befürchten, daß die gerade erst in Gang gekommene Investitionsbelebung bei den privaten Unternehmen abbricht. Allerdings dürfte das Wirtschaftswachstum im Jahresdurchschnitt mit 1,5 bis 2 vH nur geringfügig stärker sein als im Vorjahr (1,5 vH).

Auch in *Italien* wird sich die Expansion 1985 nur mit mäßigem Tempo fortsetzen, weil dieses Land weiterhin vor schwer lösbaren Problemen steht. So ist die Inflationsdifferenz zu den anderen großen Industrieländern nach wie vor beträchtlich. Wegen der Abschwächung des Wirtschaftswachstums in wichtigen Handelspartnerländern könnte sich die Zahlungsbilanz wieder verschlechtern. Die wirtschaftspolitischen Instanzen sind in dieser Situation nur bedingt aktionsfähig. Sollen die bisherigen Stabilisierungser-

folge nicht in Frage gestellt werden, so muß die Notenbank ihren geldpolitischen Restriktionskurs zunächst noch beibehalten, und der Staat muß weiter Druck auf die Tarifparteien ausüben, um die inflationsfördernde Indexautomatik der „Scala Mobile“ auch 1985 teilweise auszusetzen. Zudem steht der öffentliche Haushalt vor gravierenden Konsolidierungsaufgaben. Trotz aller bisherigen Bemühungen wird das Budgetdefizit 1984 etwa 17 vH des Bruttosozialprodukts ausmachen. Während aus politischen Gründen eine stärkere Eindämmung der Ausgabenexpansion im Jahr 1985 unwahrscheinlich ist, ergeben sich mit den neuen Maßnahmen zur Bekämpfung der für erheblich gehaltenen Steuerhinterziehungen gewisse Möglichkeiten, die Einnahmen des Haushalts zu erhöhen. Wenn sich unter diesen Umständen die wirtschaftliche Expansion noch fortsetzt, so vor allem deswegen, weil sich die Unternehmen intensiv um die Modernisierung ihrer Produktionsanlagen bemühen und die Investitionen verstärkt ausdehnen.

Die kleineren westeuropäischen Länder werden 1985 zwar auch den Einfluß der konjunkturellen Abschwächung in den USA spüren. Ihre wirtschaftliche Entwicklung hängt jedoch eher von der Konjunktur-

entwicklung in den größeren europäischen Volkswirtschaften ab. Es ist bemerkenswert, daß das Wirtschaftswachstum in den kleineren Ländern im Jahre 1984 mit etwa 3 vH über dem Durchschnitt der westeuropäischen Länder von etwa 2 vH lag. Dies gilt insbesondere für die skandinavischen Länder, wo die kräftige Expansion der Investitionen allerdings auch auf Sonderfaktoren — in Dänemark im Energiebereich, in Norwegen auch im Schiffbau — zurückzuführen war. Offenbar haben diese Länder ihre strukturellen Probleme in den letzten Jahren entschärfen können und so die Voraussetzungen für ein wieder stärkeres Wachstum verbessert. Auch 1985 wird es daher in den kleineren Ländern etwas kräftiger ausfallen. Die Investitionstätigkeit dürfte im internationalen Vergleich noch zufriedenstellend sein. Das Schlußlicht unter den kleineren Ländern wird wiederum Belgien sein, das immer noch mit großen Anpassungsproblemen im Bereich seiner traditionellen Industrien zu kämpfen hat. Der Preisanstieg wird fast überall weiter nachlassen; dabei werden sich die Unterschiede im Inflationsstempo abermals etwas verringern. Eine Verbesserung am Arbeitsmarkt wird sich allerdings in keinem der kleineren Länder ergeben.

Bundesrepublik Deutschland: Weiterhin exportgetragener Konjunkturanstieg

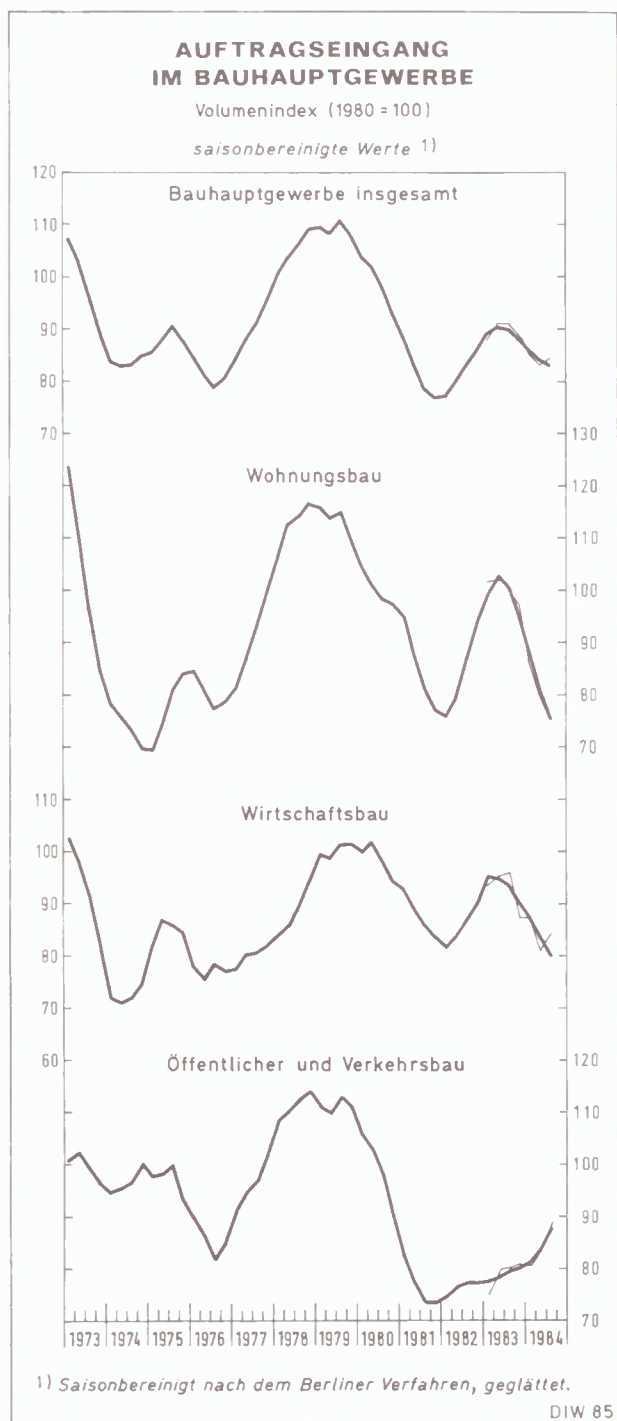
In der Bundesrepublik Deutschland hat das Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr weitgehend den zu Jahresanfang gehegten Erwartungen entsprochen¹. Das DIW hatte in der an dieser Stelle vor einem Jahr veröffentlichten Prognose ein Wirtschaftswachstum von 2 bis 2,5 vH für 1984 vorausgeschätzt; aus heutiger Sicht dürfte es 2,5 vH betragen haben. Die Wirtschaftsentwicklung innerhalb des Jahres war durch vielerlei Sonderfaktoren beeinflusst, vor allem durch die heftigen Arbeitskämpfe in der Metall- und der Druckindustrie von Mai bis Juni. Dies führte dazu, daß sich das anfänglich freundliche Geschäftsklima im Unternehmenssektor schon im Frühjahr deutlich verschlechterte. Erst im Herbst hat es sich wieder etwas aufgehellt. Entscheidend waren die harten Arbeitskämpfe um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit und — nicht nur dadurch bedingt — die enttäuschende Entwicklung der Inlandsnachfrage. So ist das gesamtwirtschaftliche Wachstum im vergangenen Jahr stark von der Nachfrage des Auslands getragen worden; die reale Ausfuhr von Waren und Diensten war um 7,5 vH, und nicht, wie vor einem Jahr prognostiziert, um 4,5 vH höher als 1983. Ohne die Streikeinbußen, die auch bis zum Jahresende nicht voll aufgeholt werden

konnten, wäre noch mehr exportiert worden. Ausschlaggebend für diese günstige Exportentwicklung war der starke Importsog aus den USA in Verbindung mit der weiterhin unterbewerteten D-Mark, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter erheblich gefördert wurde.

Die im Vergleich zur Prognose erfreuliche Mehrnachfrage des Auslands ist allerdings nicht voll als zusätzlicher Wachstumsimpuls für die Wirtschaft der Bundesrepublik wirksam geworden. Zu einem Teil ist sie rechnerisch durch Mehreinfuhren ausgeglichen worden — die realen Importe sind um 5,5 vH statt der erwarteten 3 vH gestiegen. Zum anderen Teil haben die zusätzlichen Ausfuhren enttäuschende Verläufe von Komponenten der inländischen Nachfrage ausgeglichen.

Zu diesen Enttäuschungen ist an erster Stelle die Entwicklung der Bauinvestitionen zu rechnen. Früher und stärker als allseits erwartet ist es im Wohnungsbau wie auch im Wirtschaftsbau zu einem Tendenzumschwung

¹ Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1984. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1-2/1984.



gekommen. In beiden Bereichen hat sich die Annahme als verfehlt erwiesen, daß es gegen Ende der Fertigstellungsfrist für Wirtschaftsbauten, für die die Investitionszulage beansprucht werden konnte, sowie für Wohnbauten, für die die Mehrwertsteueroption genutzt werden soll, im zweiten Halbjahr 1984 zu einer Häufung von Baufertigstellungen kommen werde. Die baulichen Aktivitäten sind im zweiten Halbjahr nicht verstärkt, sondern eingeschränkt worden. Dabei hat vor allem überrascht, daß die

Auftragsbestände der Bauwirtschaft, die 1982 infolge der wirtschaftspolitischen Anregungen erheblich gestiegen waren, trotz der schon seit Frühjahr 1984 abgeschwächten Produktionsentwicklung so rasch zurückgingen. Vermutlich sind im größeren Umfang Aufträge storniert worden. Da von den öffentlichen Bauinvestitionen — diese gingen real noch einmal deutlich zurück — keine Impulse kamen, hat die Entwicklung der Bauinvestitionen schon 1984 konjunkturdämpfend gewirkt. Der geringe jahresdurchschnittliche Anstieg um 0,5 vH ist allein der noch günstigen Entwicklung am Jahresanfang zuzuschreiben.

Auch bei den Ausrüstungsinvestitionen sind die prognostizierten 4 vH nicht erreicht worden. Insgesamt wurde 1984 nur etwa ebensoviel in Ausrüstungen investiert wie im Jahr davor. Ausschlaggebend für das unbefriedigende Ergebnis war hier aber nicht eine neue konjunkturelle Schwächetendenz. Vielmehr haben die Reaktionen auf die investitionszulagebedingte Auslieferungsspitze am Jahresende 1983 sowie — im zweiten Quartal — die erheblichen Produktionseinbußen im Gefolge der Arbeitskämpfe ein so hohes Gewicht besessen, daß trotz eines steilen Anstiegs der Ausrüstungen in der zweiten Jahreshälfte die vorangegangenen Niveaueinbußen nicht mehr aufgeholt werden konnten. Die Investitionstätigkeit war unter diesen Bedingungen kein Indikator für die Investitionsneigung.

Der private Verbrauch hielt sich 1984 innerhalb der engen Grenzen, die von der Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte vorhersehbar waren. Die realen Nettoeinkommen der Arbeitnehmer wie auch die realen Transfers sind abermals zurückgegangen; allein die Entnahmen sind kräftig gestiegen. Der geringfügige jahresdurchschnittliche Zuwachs des realen Verbrauchs von knapp 1 vH entsprach nur deshalb der Prognose. Auch hier gab es allerdings Überraschungen im Jahresverlauf. Eine kräftige Zunahme der Arbeitnehmer-einkommen und des privaten Verbrauchs war im ersten Viertel vergangenen Jahres deshalb zu verzeichnen, weil von einer offenbar größeren Zahl von Unternehmen Einmalzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld auf den Jahresanfang vorgezogen wurden; sie konnten damit der gesetzlich erweiterten Beitragspflicht in der Sozialversicherung weitgehend entzogen werden, eine Entlastungswirkung sowohl für die Beschäftigten als auch für die Unternehmen. Zu diesem Einkommensstoß kam das Freiwerden von prämienbegünstigten Sparguthaben hinzu; auch dies mag dazu beigetragen haben, daß sich die Sparquote der privaten Haushalte im Zusammenhang mit den vorgezogenen Sonderzahlungen saisonbereinigt relativ wenig erhöhte, also auch die Verbrauchsausgaben profitierten. Im weiteren Jahresverlauf hat der reale private Verbrauch dann weitgehend auf dem im ersten Quartal erreichten höheren Niveau stagniert. Die streikbedingten Einkommensausfälle der Arbeitnehmer im zweiten Jahresviertel führten zu keinem Rückgang der Konsumaus-

gaben, weil die privaten Haushalte zum Teil auf Ersparnisse zurückgriffen.

Wenn trotz des insbesondere im Investitionsbereich enttäuschenden Verlaufs die Inlandsnachfrage insgesamt doch etwa in dem Umfang zunahm, wie es vor einem Jahr an dieser Stelle prognostiziert worden ist, so lag dies an der unerwartet kräftigen Aufstockung der Vorräte. Hier besteht wohl ein Zusammenhang zu der im Jahre 1983 äußerst knapp gehaltenen Vorratsbildung und den niedrigeren Finanzierungskosten in diesem Jahr.

Die Beschäftigtenzahl ging im Jahresdurchschnitt noch einmal um 0,5 vH zurück, statt, wie erhofft, wenigstens konstant zu bleiben. Saisonbereinigt ist der Rückgang der Beschäftigtenzahl erst im Herbst zum Stillstand gekommen und hat in den letzten Monaten des Jahres einer leichten Zunahme Platz gemacht. Von einigen vor allem durch den Export begünstigten Industriezweigen und von einigen Dienstleistungsbereichen gingen zwar fühlbare Beschäftigungsimpulse aus; ihnen standen allerdings innerhalb der Industrie, vor allem aber im Baugewerbe — hier sogar erheblich verstärkt — negative Tendenzen gegenüber. Wenn die Zahl der Arbeitslosen im Durchschnitt des vergangenen Jahres nur geringfügig höher war als im Vorjahr, so ist dies nicht zuletzt der Abwanderung ausländischer Arbeitskräfte zuzuschreiben, wodurch der demographisch bedingte Zuwachs des Potentials deutscher Erwerbspersonen weitgehend kompensiert wurde. Im Gefolge dieser Entwicklung hat sich die Zahl der registrierten ausländischen Arbeitslosen, anders als die Gesamtzahl, deutlich vermindert. Ein gewisser Fortschritt am Arbeitsmarkt wurde 1984 durch die kräftige Reduzierung der Zahl der Kurzarbeiter erzielt.

Muß somit die auch im zweiten Jahre der konjunkturellen Erholung unverändert schwache Lage am Arbeitsmarkt zu den negativen Resultaten der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gezählt werden, so hat es daneben jedoch auch günstige Ergebnisse gegeben. Hierzu zählt vor allem die niedrige Preissteigerungsrate; mit rund 2,5 vH kam sie einer realistisch definierten Stabilität des Preisniveaus sehr nahe. Erstaunlich war dabei für viele, daß dies trotz des beschleunigten Anstiegs der Einfuhrpreise erreicht werden konnte, der auf den zeitweilig kräftig steigenden Kurs des US-Dollars zurückzuführen ist. Die gesamtwirtschaftlich jedoch weitaus bedeutendere Kostenkomponente, die Lohnstückkosten, ist aber als Gegengewicht zu den importierten Preissteigerungen konstant geblieben. Damit wurde von der Kostenseite her trotz schwachen Preisanstiegs eine weitere deutliche Steigerung der Gewinn- und Vermögenseinkünfte möglich. Das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stieg im Jahresdurchschnitt um rund 9 vH, netto war der Anstieg mit 10 vH sogar noch größer.

Der Staat ist seinem seit Jahren verfolgten Ziel der Haushaltskonsolidierung wiederum ein Stück näher gekommen. Das öffentliche Defizit dürfte sich 1984 um fast

10 Mrd. DM auf etwa 37 Mrd. DM vermindert haben. Der Rückgang entsprach damit allerdings nicht ganz früheren Vorausschätzungen. Entscheidend dafür waren zwei Faktoren. Einmal war das Aufkommen aus der Lohnsteuer und aus Sozialbeiträgen wegen des unerwartet schwachen Anstiegs der Bruttolohn- und -gehaltsumme (+ 2,5 vH) niedriger; das Aufholen von streikbedingten Produktionsausfällen hat im zweiten Halbjahr kaum zu einer Erhöhung des Arbeitsvolumens und damit des Einkommens geführt, weil vor allen Dingen Produktivitätsreserven genutzt worden sind. Zum anderen hat die — wirtschaftspolitisch inkonsequente — Erhöhung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft schon 1984 beträchtliche Ausfälle bei der Umsatzsteuer gebracht.

Insgesamt war der weitere Defizitabbau Ergebnis des abermals äußerst knapp gehaltenen Anstiegs der Staatsausgaben. Die Personalausgaben sind um weniger als 2 vH gestiegen, die Ausgaben für staatliche Investitionen sogar noch einmal leicht vermindert worden (– 0,5 vH). Auch bei den Einkommensübertragungen an private Haushalte war ein Anstieg von weniger als 2 vH zu verzeichnen. Dieses Ausgabegebaren des Staates hat dazu beigetragen, daß sich der konjunkturelle Erholungsprozeß 1984 nicht im erforderlichen und gewünschten Tempo verstärkt hat.

Der Überschuß der Leistungsbilanz ist weiter — auf 15 Mrd. DM — gestiegen. Soweit dies durch den starken Exportanstieg bedingt war, kann es ebenfalls als Pluspunkt der wirtschaftlichen Entwicklung im vergangenen Jahre gewertet werden.

1985: Verstärkung oder Abschwächung?

Die bisher für 1985 vorliegenden Prognosen haben eines gemeinsam: Allseits wird eine Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung erwartet; deutlicher als gewohnt unterscheiden sich jedoch zur Jahreswende 1984/85 die Aussagen darüber, ob es eher zu einer Tempoabschwächung oder zu einer Verstärkung kommen wird. Der wichtigste Punkt, in dem die hier vorgelegte Prognose von der sehr viel optimistischeren des Sachverständigenrats² abweicht, ist die voraussichtliche Entwicklung des privaten Verbrauchs. Der Rat unterstellt, daß es im Zuge der konjunkturellen Erholung zu einem kräftigen Anstieg der Beschäftigtenzahl kommt. Dies führt auch zu einer deutlichen Erhöhung des Einkommens und erlaubt eine gleichfalls sehr optimistische Prognose des realen privaten Verbrauchs (+ 2,5 vH), was auch zu einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums beiträgt.

² Vgl. Jahresgutachten 1984/85 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Drucksache 10/2541 des Deutschen Bundestages vom 30.11.1984.

Geldanlagen der volkswirtschaftlichen Sektoren
in Mrd. DM

	Private Haushalte			Unternehmen ¹⁾			Staat ²⁾			Übrige Welt			Finanzierungs- institute ³⁾		
	83	84	85	83	84	85	83	84	85	83	84	85	83	84	85
Zunahme der Forderungen															
Kurzfristig an:															
Bundesbank ⁴⁾	6,5	3	3	-0,4	1	1	1,6	2	1	-	-	-	0,7	1	3
Geldmarkt ⁵⁾	-1,4	0	0	-	-	-	2,1	2	1	-	-	-	-0,7	-3	-2
Finanzierungsinstitute ⁶⁾	2,9	1	3	10,9	1	6	1,7	0	2	1,0	11	5	-	-	-
Inländische Sektoren	-	-	-	0,2	0	0	-	-	-	1,7	5	4	13,7	28	13
Übrige Welt ⁷⁾	-	-	-	9,0	20	17	1,0	0	1	-	-	-	-2,8	4	9
Summe	8,0	4	6	19,7	22	24	6,4	4	5	2,7	16	9	10,9	30	23
Längerfristig an:															
Finanzierungsinstitute ⁸⁾	76,4	75	79	18,0	23	27	6,2	7	8	-1,6	0	0	-	-	-
Inländische Sektoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17,4	11	10	121,6	109	121
Übrige Welt	-	-	-	6,6	5	6	3,7	4	4	-	-	-	12,0	6	10
Anleihemarkt ⁹⁾	17,5	30	29	13,3	17	16	-0,3	1	0	9,7	7	9	48,8	41	46
Aktienmarkt	3,7	0	0	5,3	3	3	0,8	1	1	2,3	4	3	3,7	3	4
Summe	97,6	105	108	43,2	48	52	10,4	13	13	27,8	22	22	186,1	159	181
Sonstige Forderungen ¹⁰⁾	8,9 ¹³⁾	9 ¹³⁾	9 ¹³⁾	19,1	16	15	-5,2 ¹⁴⁾	-2 ¹⁴⁾	0	-	-	-	-	-	-
Alle Forderungen	114,5	118	123	82,0	86	91	11,6	15	18	30,5	38	31	197,0	189	204
Vorbemerkung: Das hier nicht aufgeführte Konto "Bundesbank" bildet den buchhalterischen Abschluß dieser Rechnung. 1) Einschließlich Wohnungswirtschaft sowie Bundesbahn und Bundespost.- 2) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.- 3) Kreditinstitute (ohne Bundesbank), Bausparkassen und private Versicherungen.- 4) Bargeld und Zentralbankguthaben.- 5) Inländische Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen.- 6) Sichteinlagen.- 7) Bei Unternehmen vor allem Handels- und Finanzkredite.- 8) Überwiegend Termingelder, Spareinlagen und -briefe, durchlaufende Kredite; ferner Geldanlagen bei Bausparkassen und Versicherungen.- 9) Festverzinsliche Wertpapiere.- 10) Zum Teil als Rest ermittelt.- 11) Buchkredite, Wechsel- und Lombarkredite.- 12) Zunahme der Forderungen minus Zunahme der Verbindlichkeiten.- 13) Ansprüche Privater Haushalte gegenüber betrieblichen Pensionsfonds.- 14) Direktkredite (einschließlich Vorauszahlungen) an Unternehmen.- 15) Vgl. Anmerkungen 13 und 14. Quellen: 1983 und 1984 Berechnungen und Schätzungen des Statistischen Bundesamts, der Deutschen Bundesbank und des DIW, 1985 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte Werte gerundet.															

Aus den für die Prognose wichtigen gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten läßt sich keine derartig günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung ableiten. Im einzelnen wird hier vorausgesetzt:

- Zusammen mit der Konjunktur in den westlichen Industrieländern, insbesondere in den USA, schwächt sich der Anstieg des realen Welthandels deutlich ab; der Handel wird 1985 das Niveau des Vorjahres nur noch um etwa 4 vH übertreffen, nach über 8 vH im vergangenen Jahr.
- Der Kurs des US-Dollars gegenüber der D-Mark geht im Laufe dieses Jahres allmählich zurück und erreicht am Ende des Jahres etwa die Relation von 1:2,8. Ein noch stärkerer Kursverfall des Dollars, der sich mit Überlegungen zur Entwicklung von Preisen, Leistungsbilanz und Staatsverschuldung begründen

ließe, wird wegen der nach wie vor überragenden Bedeutung der US-Währung für die Finanzierung internationaler Leistungs- und Zahlungsströme nicht angenommen.

- Innerhalb des europäischen Währungssystems wird es im Laufe des Jahres zu einer Korrektur von Wechselkursen kommen; der Aufwertungseffekt, der sich dabei für die D-Mark ergibt, wird jedoch die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik im gemeinsamen Markt nicht wesentlich beeinträchtigen.
- Die Finanzpolitik in der Bundesrepublik beharrt auf dem Konsolidierungsziel; der Ausgabenanstieg wird weiterhin in engen Grenzen gehalten.
- Die Entwicklung der Löhne bleibt durch einen geringen Anstieg der tariflichen Stundenlohnsätze gekennzeichnet; im Vergleich zum vergangenen Jahr wird er

Kreditaufnahme, Investitionen und Ersparnis der volkswirtschaftlichen Sektoren
in Mrd. DM

	Private Haushalte			Unternehmen ¹⁾			Staat ²⁾			Übrige Welt			Finanzierungs- institute 3)		
	83	84	85	83	84	85	83	84	85	83	84	85	83	84	85
Zunahme der Verbindlichkeiten															
Kurzfristig gegenüber:															
Bundesbank ¹¹⁾	-	-	-	-	-	-	-0,1	0	0	-4,0	-2	3	10,6	13	6
Geldmarkt ⁵⁾	-	-	-	0,0	0	0	-0,5	-2	-1	-	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstituten	2,8	4	4	11,6	24	9	-0,7	0	0	-2,8	4	9	-	-	-
Inländischen Sektoren	0,2	0	0	-	-	-	-	-	-	10,0	20	18	15,5	2	11
Übriger Welt ⁷⁾	-	-	-	4,0	5	6	-2,3	0	-2	-	-	-	1,0	11	5
Summe	3,0	4	4	15,6	29	15	-3,6	-2	-3	3,2	22	30	27,1	26	22
Längerfristig gegenüber:															
Finanzierungsinstituten	9,3	8	9	97,6	90	106	14,7	11	6	12,0	6	10	-	-	-
Inländischen Sektoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10,3	9	10	100,6	105	114
Übriger Welt	-	-	-	5,2	3	4	12,2	8	6	-	-	-	-1,6	0	0
Anleihemarkt ⁹⁾	-	-	-	0,1	3	5	33,8	35	30	5,7	13	11	51,8	42	53
Aktienmarkt	-	-	-	7,3	7	6	-	-	-	8,5	4	5	-	-	-
Summe	9,3	8	9	110,2	103	121	60,7	54	42	36,5	32	36	150,8	147	167
Sonstige Verbindlichkeiten ¹⁰⁾	-	-	-	3,7 ¹⁵⁾	7 ¹⁵⁾	9 ¹⁵⁾	-	-	-	-	-	-	19,1	16	15
Alle Verbindlichkeiten	12,3	12	13	129,5	139	145	57,1	52	39	39,7	54	66	197,0	189	204
Ersparnis, Investitionen und Finanzierungssaldo															
Ersparnis bzw. Eigenmittel	102,2	106	110	260,0	276	284	-1,6	7	24	-9,2	-16	-35	-	-	-
./. Bruttoinvestition	-	-	-	307,5	329	338	43,9	44	45	-	-	-	-	-	-
Finanzierungssaldo ¹²⁾	+102,2	+106	+110	-47,5	-53	-54	-45,5	-37	-21	-9,2	-16	-35	-	-	-
Anmerkungen siehe Tabelle "Geldanlagen der volkswirtschaftlichen Sektoren".															

allerdings um etwa 0,5 vH-Punkte höher ausfallen. Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit in einigen Bereichen wird unter Inanspruchnahme der Möglichkeiten zur flexibleren Gestaltung der individuellen Arbeitszeit kostensparend verwirklicht.

- Die Geldpolitik vermeidet eine nennenswerte Verringerung des Anstiegs der Zentralbankgeldmenge. Sie hält die Geldmengenexpansion im oberen Bereich des Ende 1984 verkündeten Zielkorridors. Die Ausschüttung des Bundesbankgewinns an den Bund wird wiederum auf mehrere Schritte verteilt, so daß die Bundesbank hiervon keine erheblichen Erschwernisse bei der Geldmengensteuerung erfahren wird.

Kapitalzinssenkung setzt sich durch

Auf dem Kapitalmarkt überwogen 1984 die auf Zinssenkung gerichteten Kräfte; die Rendite festverzinslicher Wertpapiere war zuletzt mit 7% um mehr als einen Prozentpunkt niedriger als Ende 1983: Mit der anhaltenden Verringerung der Inflationsrate sank das Risiko von Realwertverlusten bei langfristigen Geldanlagen. Dies sowie die unter diesen Bedingungen attraktive Nominalverzinsung stärkten die Neigung der Sparer, in längerfristige Anlagen zu gehen. So haben die privaten Haushalte im Rahmen einer leicht zunehmenden Geldvermögensbildung ihre Käufe von festverzinslichen Wertpapieren nahezu verdoppelt.

Der Staat konnte bei der Verbesserung seiner finanziellen Position seine Ansprüche an den Kapitalmarkt reduzieren. Zwar blieben seine Anleiheemissionen hoch; der Rentenmarkt wurde aber dadurch entlastet, daß mit der Verringerung langfristiger Bankkredite an den Staat sehr viel weniger Kommunalobligationen emittiert wurden.

Demgegenüber erhöhte sich, auch zur Finanzierung der beträchtlich steigenden Exporte, die Kreditnachfrage des Sektors Unternehmen. Sie richtete sich freilich vor allem auf den kurzfristigen Bankkredit; denn angesichts des noch für zu hoch gehaltenen langfristigen Zinses hielten sich viele Unternehmen bei der Aufnahme längerfristiger Kredite — und damit bei der Konsolidierung ihrer nach wie vor beträchtlichen kürzerfristigen Verbindlichkeiten — zurück. Hoch blieb nur die Gewährung längerfristiger Wohnungsbaukredite; doch deutet die Verringerung der Kapitalzusagen auf eine merkliche Entspannung auf diesem Kreditmarkt hin.

1984 war der inländische Kapitalmarkt gegenüber Zinssteigerungstendenzen in den USA erheblich weniger anfällig als 1983. Obwohl die amerikanischen Anleihezinsen im ersten Halbjahr um mehr als zwei Prozentpunkte stiegen, ging der deutsche Anleihezins zunächst weiter zurück und erhöhte sich danach relativ schwach; zur Jahresmitte war er noch etwas niedriger als zu Jahresbeginn.

Wahrscheinlich wären die inländischen Kapitalmarktzinsen noch zügiger gesunken, wenn die Bundesbank nicht mit Rücksicht auf den Wiederanstieg des Dollarkurses ihre im Januar begonnene Lockerungspolitik im Frühjahr unterbrochen hätte: Von April an verteuerte sie ihre Offenmarktgeschäfte, und im Juni erhöhte sie den Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt, wobei sie allerdings durch eine Aufstockung der Rediskontkontingente den Kosten- und Signaleffekt dieser Maßnahme erheblich milderte. Erst als die amerikanischen Anleihezinsen wieder nachzugeben begannen — sie sanken während des zweiten Halbjahres um drei Prozentpunkte —, setzten sich auf den deutschen Rentenmärkten wieder Zinssenkungstendenzen durch, zumal die Anlagebereitschaft ausländischer Anleger durch die Abschaffung der Kuponsteuer gestärkt wurde.

Die Zinssenkung wird sich im Jahre 1985 voraussichtlich fortsetzen: Die Anleihezinsen in den USA werden weiter sinken, der Außenwert der D-Mark, insbesondere gegenüber dem Dollar, dürfte steigen, die Inflationsrate — auch deshalb — niedrig bleiben. Die privaten Haushalte werden wiederum einen erheblichen Teil ihrer leicht zunehmenden Geldersparnis in festverzinslichen Wertpapieren anlegen. Die Finanzierungsinstitute dürften in Erwartung sinkender Zinsen und steigender Anleihekurse ihre Rentenkäufe verstärken.

Der Staat wird sein Finanzierungsdefizit beträchtlich vermindern und weniger Anleihen aufnehmen. Über eine Einschränkung seiner längerfristigen Bankkredite wird er zu einer Verringerung der Emission von Kommunalobli-

gationen beitragen. Abnehmen wird auch der Bedarf der Wohnungswirtschaft an längerfristigen Darlehen. Dagegen werden die übrigen Unternehmen die Verbilligung längerfristiger Fremdmittel zur Konsolidierung ihrer Schulden nutzen; die Kreditinstitute werden deshalb vermehrt Bankschuldverschreibungen emittieren, den Rentenmarkt damit aber nicht überfordern.

Im Laufe dieses Jahres könnte der Kapitalmarktzins auf unter 6½%, vielleicht sogar auf 6% sinken. Dies würde einen Beitrag zur Stützung der Konjunktur gegen Ende dieses Jahres und, vor allem, im Jahre 1986 bedeuten. Allerdings setzt dies voraus, daß die Bundesbank ihren in den letzten Monaten verfolgten, Zinssenkungen begünstigenden Kurs nicht wieder verläßt. Dies ist freilich nicht sicher. Das für 1985 bekanntgegebene Geldmengenziel — ein durch laufende Expansionsraten der Zentralbankgeldmenge von 3 und 5 vH begrenzter Zieltrichter — ist flacher als das für 1984 anvisierte und seit dem Frühsommer 1984 recht genau eingehaltene Geldmengenziel (Mitte des Korridors von 4 bis 6 vH). Eine Verfolgung dieses neuen Geldmengenziels in der Mitte der Spanne liefe auf einen Kurswechsel in restriktiver Richtung hinaus und würde die Chancen einer durchgreifenden Verbesserung des Kapitalmarktklimas vermindern. Doch ist auch eine großzügigere Auslegung möglich: Das neue Geldmengenziel soll zwar die Entschlossenheit der Bundesbank unterstreichen, das stabilitätspolitische Erreichte zu bewahren; damit dürfe aber nicht ausgeschlossen werden, daß unter günstigen stabilitätspolitischen Bedingungen — z.B. sinkender Dollarkurs und damit „Stabilitätsimport“ — der mit der Obergrenze von 5 vH gegebene „Ermessensspielraum“ ausgeschöpft, der bisherige monetäre Expansionskurs also fortgeführt werde.

Weitere Abnahme des Staatsdefizits

Nach den Haushaltsplanungen und finanzpolitischen Absichtserklärungen wird die Sparpolitik 1985 fortgesetzt. Die Zunahme der Ausgaben dürfte sogar noch etwas geringer ausfallen als 1984, die der Einnahmen nur wenig vom Vorjahreswert abweichen. Die Finanzierungsdefizite der öffentlichen Haushalte dürften kräftig, von 37 auf 21 Mrd. DM, reduziert werden. Dazu trägt die nochmals höhere Gewinnausschüttung der Bundesbank an den Bund bei, die fast 15 Mrd. DM erreichen dürfte.

Die jüngsten Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst lagen im Rahmen der Erwartungen³. Sie deuten auf einen etwas stärkeren Anstieg der Personalausgaben als 1984 hin. Gering sind die Kosten, aber auch die Beschäftigungswirkungen der mitbeschlossenen Arbeitszeitverkürzungen von zwei freien Tagen pro Jahr für ältere

³ Vgl. Defizitabbau behält Vorrang. Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte 1984/85. Bearb.: D. Teichmann, D. Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 39/1984.

Arbeitnehmer. Aufgrund der deutlich verbesserten Finanzlage ist es möglich, daß die zuletzt sehr restriktive Einstellungspolitik etwas gelockert wird, zumal in verschiedenen Bereichen zunehmende personelle Engpässe bestehen. Insgesamt ist mit einem Anstieg der Personalausgaben um 3,5 vH zu rechnen (1984: 2 vH).

Die laufenden Sachausgaben dürften mit 4,5 vH schwächer als im Vorjahr zunehmen, wenn, wie geplant, die Kostenexpansion im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherungen gedämpft werden kann. Auch der Haushaltsansatz für die militärischen Beschaffungen weist mit einem Plus von 3 vH einen geringeren Zuwachs als in den Jahren zuvor auf.

Schwierigkeiten bereitet die Schätzung des staatlichen Investitionsverhaltens. Die nachhaltigen Konsolidierungserfolge — zum Teil durch die massive Kürzung der öffentlichen Investitionen in den letzten Jahren erkauf — legen es nahe, auch wieder neue Investitionsprojekte in Angriff zu nehmen. Die verfügbaren Informationen lassen aber vermuten, daß 1985 von den öffentlichen Investitionen kein nennenswerter Impuls zur Absicherung des konjunkturellen Erholungsprozesses ausgeht. Ein nominaler Zuwachs von 4 vH markiert aus heutiger Sicht die Obergrenze der wahrscheinlichen Entwicklung; in realer Rechnung verbleibt nur ein geringes Plus (2 vH).

Die staatlichen Transfers an den Unternehmenssektor werden 1985 rückläufig sein. Dies ist in erster Linie dadurch bedingt, daß die Auszahlung der befristeten Investitionszulage nur noch in geringem Maße zu Buche schlägt. Der Anstieg der laufenden Übertragungen an Unternehmen wird sich merklich abschwächen; die Hilfen an die Bundesbahn werden stagnieren; geplant ist außerdem, daß die Subventionen für Kohle, Stahl und Werften zurückgehen.

Die Transfers des Staates an die privaten Haushalte werden mit 2 vH nur geringfügig stärker steigen als 1984. Wie im Vorjahr werden die Renten per Saldo, also nach Abzug der Beitragserhöhung zur Krankenversicherung um 2 vH-Punkte auf 5 vH, nur um 1 vH angehoben. Die Ausgaben der Rentenversicherung erhöhen sich um knapp 3 vH, weil die Zahl der Rentner vor allem im Bereich der Angestelltenversicherung weiter zunimmt. Rückläufig werden die Leistungen für das Kinder- und das Wohngeld, den Mutterschutz und die Wiedergutmachung sein. Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung werden trotz der Mehrausgaben von 1 Mrd. DM, die durch die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes verursacht werden, nahezu unverändert bleiben. Wegen der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und der weiterhin sinkenden Quote der Arbeitslosengeldempfänger werden aber für die aus dem Bundeshaushalt gezahlte Arbeitslosenhilfe mehr Mittel beansprucht werden.

Der kräftige Abbau der öffentlichen Haushaltsdefizite wird in der Entwicklung der Zinsausgaben sichtbar, jener

Ausgabenkategorie, die in den letzten Jahren erhebliche Mehrausgaben verursacht hat. Die rückläufige Neuverschuldung, sinkende Kapitalmarktzinsen sowie Umschuldungen werden den Anstieg der Zinsbelastung weiter dämpfen. In den Jahren 1982/83 haben die Zinsausgaben um 22 bzw. 14 vH zugenommen, 1984 waren es nur noch 5 vH, und 1985 werden es 4,5 vH sein.

Stärker als die staatlichen Ausgaben wird das Steueraufkommen zunehmen, um 5 vH auf 457 Mrd. DM. Dabei wird die aufkommenstärkste Einzelsteuer, die Lohnsteuer, mit 7,5 vH expandieren; ihre Bemessungsgrundlage — die Bruttolohn- und -gehaltssumme — wird voraussichtlich um über 4 vH steigen. Aufgrund der anhaltend

Steuereinnahmen des Staates

	1983	1984	1985
in Mrd. DM			
Direkte Steuern 1)	200,5	211,5	224,5
Lohnsteuer	128,9	136	146,5
Einkommensteuer	28,3	26,5	30
Körperschaftsteuer	23,7	26	29
Vermögensteuer	5,0	4,5	4
Sonstige direkte Steuern	14,6	18	15,5
Indirekte Steuern 1)	214,2	225	232,5
Steuern vom Umsatz	105,9	110,5	113,5
Gewerbsteuer	26,2	28	29
Tabaksteuer	13,9	14	14,5
Branntweinsteuer	4,3	4,5	4,5
Mineralölsteuer	23,3	24,5	25
Kfz-Steuer	7,0	7,5	7,5
Sonstige indirekte Steuern	33,6	36,5	39
Steuern insgesamt	414,7	436,5	457,5
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr			
Direkte Steuern 1)	3,6	5,5	6
Lohnsteuer	4,4	5,5	7,5
Einkommensteuer	-7,6	-6	13
Körperschaftsteuer	10,3	9,5	11,5
Vermögensteuer	0,2	-10	-11
Sonstige direkte Steuern	12,3	24	-15,5
Indirekte Steuern 1)	6,2	5	3,5
Steuern vom Umsatz	8,3	4	3
Gewerbsteuer	0,3	6,5	4
Tabaksteuer	13,7	2	2
Branntweinsteuer	0,0	0	0
Mineralölsteuer	2,2	4,5	2
Kfz-Steuer	4,3	5,5	1,5
Sonstige indirekte Steuern	5,0	9	7
Steuern insgesamt	5,0	5	5
1) Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung; Aufteilung nach Steuerarten kassenmäßig.			
Quellen: 1983 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und des Bundesministeriums der Finanzen, 1984 Schätzungen des DIW, 1985 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsdaten gerundet.			

günstigen Gewinnentwicklung werden die Körperschaft- und veranlagte Einkommensteuer ein kräftiges Plus erbringen (12 vH). Hinzu kommt, daß die aufkommensdämpfenden Wirkungen der verschiedenen Steuerrechtsänderungen, die sich aufgrund der Verzögerungen in der Veranlagung noch nach Jahren auswirken, merklich an Gewicht verlieren.

Für die Steuern vom Umsatz ist mit einer Erhöhung von 3 vH zu rechnen. Dieser im Vergleich zur Bemessungsgrundlage — der „bereinigten“ inländischen Güterverwendung — niedrigere Anstieg resultiert aus den Minder-einnahmen infolge der Anhebung der Vorsteuerpauschale für Landwirte (2,6 Mrd. DM, nach 1,6 Mrd. DM im Vorjahr).

Die Sozialbeiträge werden sich um knapp 5 vH erhöhen. Dieser im Vergleich zur Lohnentwicklung überdurchschnittliche Anstieg ist Folge der Beitragserhöhungen der gesetzlichen Krankenversicherungsträger.

Ausfuhr nimmt wiederum überdurchschnittlich zu

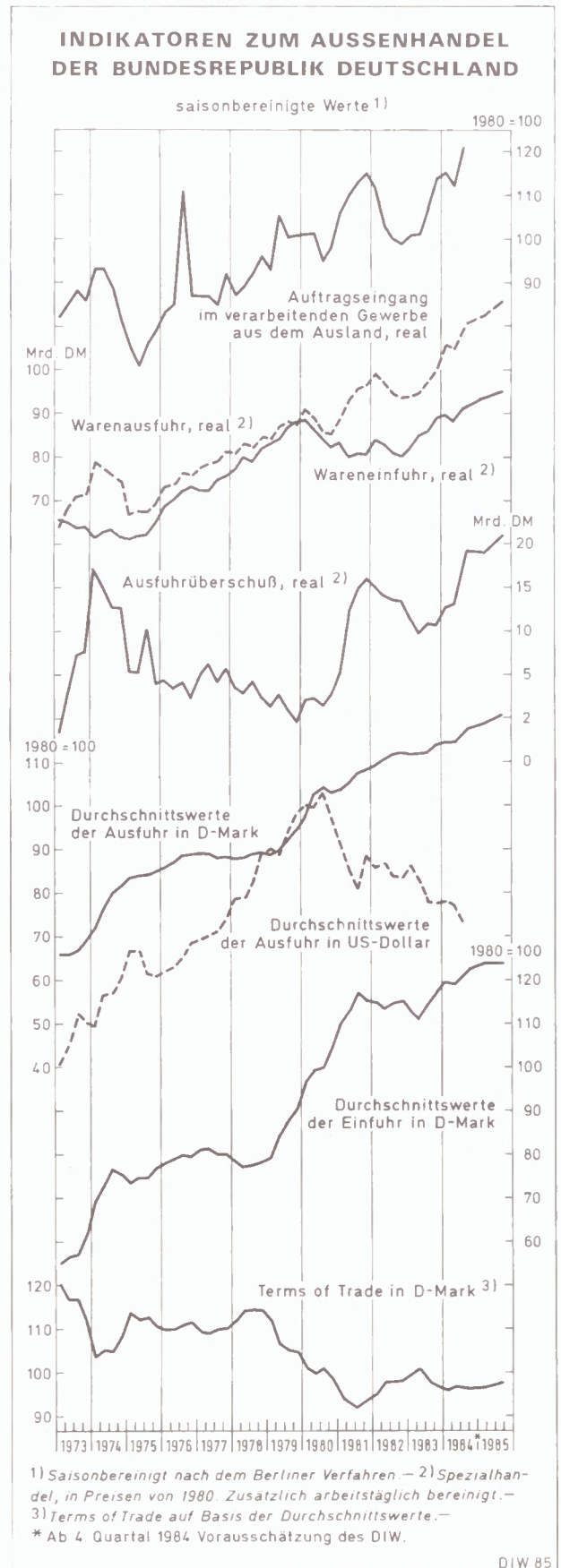
Die Expansion der realen Warenausfuhr wird sich im Jahre 1985 zwar abschwächen, aber die wichtigste konjunkturanregende Kraft bleiben. Wegen des hohen Überhangs, der sich am Jahresende 1984 gebildet hat, kommt die Wachstumsabschwächung im Jahresverlauf in den jahresdurchschnittlichen Raten nur relativ wenig zum Ausdruck. Der Überhang von etwa 5 vH ergab sich zum Teil aus den anhaltenden Lieferausfällen. Deshalb wäre es nicht erstaunlich, wenn es in den ersten Monaten dieses Jahres als Reflex hierauf zunächst zu einem Rückgang der Lieferungen an das Ausland käme. Abgesehen von einem solchen Einfluß wird der Warenexport jedoch relativ kräftig zunehmen und im Jahresdurchschnitt um mehr als 7 vH (1984: 9 vH) höher sein als im vergangenen Jahr.

Gewisse Impulse gehen noch von der mäßigen Expansion in den europäischen Industrieländern aus. Überdurchschnittlich wird dort die Nachfrage nach Investitionsgütern zunehmen; dies begünstigt die Bundesrepublik mehr als andere Länder. Aus den OPEC-Ländern sowie den übrigen Entwicklungsländern ist allenfalls mit stagnierender Nachfrage zu rechnen; Devisenmangel wird auch im Jahre 1985 den Import dieser Länder bremsen. Die Ausfuhren in die Staatshandelsländer werden nur leicht steigen.

Der Wettbewerbsvorsprung gegenüber wichtigen Konkurrenten bleibt im Jahre 1985 erhalten. Eine Aufwertung der D-Mark in dem hier unterstellten Maße beeinträchtigt die Exportchancen kaum.

Steigende Ausrüstungs-, sinkende Bauinvestitionen

Die Investitionsneigung der Unternehmen hat sich schon im letzten Jahr deutlich gebessert. Dies kommt



Außenbeitrag
zu Preisen von 1976

	1983	1984	1985	1984		1985	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
in Mrd. DM							
Ausfuhr	417,3	449	478,5	216,1	233	233,5	245
Waren	334,8	365,5	393	177,5	188	193,5	199,5
Dienstleistungen	82,5	83,5	85,5	38,5	45	40	45,5
abzüglich: Einfuhr	367,2	387,5	405	192,0	195,5	200	205
Waren	276,0	297,5	311,5	148,7	148,5	155,5	156
Dienstleistungen	91,2	90	93,5	43,3	47	44,5	48,5
Außenbeitrag	50,1	61,5	74	24,1	37,5	33,5	40,5
Waren	58,8	68	81,5	28,8	39,5	38	43,5
Dienstleistungen	-8,7	-7	-8	-4,8	-2	-4,5	-3
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Ausfuhr	-1,3	7,5	6,5	5,5	9,5	8	5,5
Waren	-0,5	9	7,5	7,3	11	9	6
Dienstleistungen	-4,3	1	2,5	-2,1	3,5	4	1,5
abzüglich: Einfuhr	0,5	5,5	4,5	7,0	4	4	5
Waren	3,6	7,5	5	10,1	5,5	4,5	5
Dienstleistungen	-7,7	-1,5	3,5	-2,5	0	3	4
<u>Quellen:</u> 1983 und erstes Halbjahr 1984 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1984 Schätzungen des DIW; 1985 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten gerundet.							

besonders in der seit Sommer vergangenen Jahres relativ kräftig steigenden Inlandsnachfrage nach Ausrüstungsgütern zum Ausdruck. Die Ausweitung der Bestellungen beruht zu einem erheblichen Teil auf zunehmenden Modernisierungsbestrebungen in fast allen Sektoren der Wirtschaft, eine Tendenz, die durch günstige Gewinnentwicklung, niedrigere Zinsen, gestiegene Kapazitätsauslastung und nach wie vor günstige Absatzchancen im Ausland gefördert wird. Auf dieser Grundlage wird es 1985 zu einem kräftigen Anstieg der realen Ausrüstungsinvestitionen kommen. Wie sich dies in Zahlen ausdrückt, läßt sich bei diesem Aggregat nur innerhalb großer Fehlermargen sagen.

Die jüngsten Daten über den Auftragseingang könnten dazu verleiten, die zu erwartende Entwicklung zu optimistisch einzuschätzen. Nach der enttäuschenden Entwicklung von Aufträgen und Lieferungen im ersten Halbjahr 1984 waren sie wohl zu einem nicht unerheblichen Teil von Nachholprozessen beeinflusst, die ihrer Natur nach temporär sind. Wird unterstellt, daß diese Prozesse gegen Jahresende 1984 weitgehend abgeschlossen gewesen sind und ihnen zunächst — wie auch für den Export angenommen wurde — ein technisch bedingter Rückgang folgt, dann schließt die hier für wahrscheinlich gehaltene Zuwachsrates der realen Ausrüstungsinvestitionen (+ 7 vH) eine deutliche Aufwärtstendenz im weiteren Jahresverlauf ein.

Der günstigen Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen steht ein Rückgang bei den realen Bauinvestitionen gegenüber. Er beruht vor allem auf der rückläufigen Entwicklung im Wohnungsbau. Die Auftragsbestände sind in diesem Sektor schon so stark gesunken, daß selbst dann, wenn die im Grunde positiven Rahmenbedingungen der Baufinanzierung wirksam werden und dabei die auf ein sehr niedriges Niveau gesunkenen Wohnungsbauaufträge wieder steigen sollten, die Produktion von Wohnbauten bis weit in dieses Jahr hinein sinken wird. Bei den Wirtschaftsbauten war die Entwicklung noch vor relativ kurzer Zeit sehr viel günstiger eingeschätzt worden, als sie dann tatsächlich verlief. Hier wird trotz gesteigerter Investitionsneigung der Unternehmen ein Produktionsrückgang nicht zu verhindern sein. Er ist zu einem Teil Folge von in das Jahr 1984 vorgezogenen Bauvorhaben, zu einem nicht geringen Teil aber auch Ausdruck der Tatsache, daß die Unternehmen bei Erweiterungsinvestitionen noch immer sehr zurückhaltend sind.

Bei der gegenläufigen Entwicklung von Bau- und Ausrüstungsinvestitionen werden die Anlageinvestitionen insgesamt auch in diesem Jahr einen nur geringen Beitrag zur Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage erbringen; der Zuwachs wird niedriger als 2 vH sein, nach 0,5 vH im vergangenen Jahr. Betrachtet man dagegen die voraussichtliche Investitionstätigkeit des Unternehmenssektors (also ohne Wohnungsbau), so ergibt sich

Finanzierung der Bruttoinvestitionen der Unternehmen

	1983	1984	1985	1984		1985	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
in Mrd. DM							
Fremdmittel	47,5	52,5	54,5	29,8	22,5	24,5	30
Private Haushalte	102,3	106	110,5	49,6	56	52,5	58
Staat	-45,5	-37	-21	-21,7	-15,5	-17	-4
Übrige Welt	-9,2	-16	-35,5	1,9	-18	-10,5	-24,5
Eigenmittel	260,1	276	284	126,8	149,5	135	149
Abschreibungen	199,2	210	221,5	103,6	106	109,5	112
Nichtentnommene Gewinne	17,5	19	17	0,6	18,5	4,5	12,5
Saldo der Vermögensübertragungen	43,4	47,5	45	22,6	24,5	20,5	24,5
Bruttoinvestitionen	307,5	328,5	338,5	156,7	172	159,5	179
Anlageinvestitionen	302,6	312	323,5	143,0	169	149	174,5
Vorratsveränderung	4,9	16,5	15	13,7	3	10,5	4,5
Nachrichtlich:							
Selbstfinanzierungsquote in vH	84,6	84	84	81,0	87	84,5	83,5
Veränderung in Mrd. DM gegenüber Vorjahr							
Fremdmittel	-7,6	+5	+2	+9,8	-5	-5,5	+7,5
Private Haushalte	-14,4	+3,5	+4,5	-1,1	+4,5	+2,5	+2
Staat	+9,5	+8,5	+16,5	+3,1	+5	+4,5	+12
Übrige Welt	-2,7	-7	-19	+7,8	-14,5	-12,5	-6,5
Eigenmittel	+37,1	+16	+8	+7,0	+9	+8	-0
Abschreibungen	+9,6	+10,5	+12	+5,4	+5	+6	+6
Nichtentnommene Gewinne	+24,4	+1,5	-2	-1,1	+2,5	+4	-6
Saldo der Vermögensübertragungen	+3,1	+4	-2	+2,8	+1	-2	-0
Bruttoinvestitionen	+29,6	+21	+10	+16,9	+4	+2,5	+7,5
Anlageinvestitionen	+19,4	+9	+11,5	+5,7	+3,5	+6	+5,5
Vorratsveränderung	+10,2	+12	-1,5	+11,2	+0,5	-3	+1,5
Quellen: 1983 und erstes Halbjahr 1984 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Bundesbank; zweites Halbjahr 1984 Schätzungen des DIW; 1985 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte gerundet.							

ein vorteilhafteres Bild. Aufgrund der Planung ist in dieser engeren Abgrenzung ein Anstieg der realen Bruttoanlageinvestitionen um 4 bis 5 vH wahrscheinlich. Weitaus stärker will nach den Erhebungen des Ifo-Instituts, München, das verarbeitende Gewerbe seine Anlageinvestitionen erhöhen, nämlich um real 8 vH. Diese Zahl kann aber nicht auf den Unternehmenssektor insgesamt übertragen werden, denn in anderen Bereichen werden die Investitionen sogar sinken, vor allem in der Landwirtschaft, im Handel und wohl auch nochmals in der Bauwirtschaft; in einigen Bereichen werden sie voraussichtlich stagnieren, z.B. in der Elektrizitätsversorgung. Bundesbahn und Bundespost werden ihre Anlageinvestitionen zwar deutlich ausweiten, nur bei der Post ist indes ein überdurchschnittlicher Anstieg geplant.

Privater Verbrauch steigt nur leicht beschleunigt

Der private Verbrauch wird auch in diesem Jahr kaum zur Verstärkung des Wirtschaftswachstums beitragen.

Besserungssymptome im Vergleich zur Entwicklung im vorigen Jahr haben insgesamt nur ein geringes Gewicht. Zwar dürften die negativen Tendenzen, die in den letzten Jahren von der Beschäftigungsentwicklung auf die Einkommen aus unselbständiger Arbeit ausgegangen sind, schon zu Ende vorigen Jahres abgeklungen sein; für dieses Jahr ist aber nur mit einem leichten Anstieg der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer zu rechnen. Die Individualeinkommen werden infolge etwas höherer Tarifabschlüsse und der sich mit der gebesserten Konjunktur wieder vergrößernden Lohndrift um 4 vH zunehmen und damit stärker expandieren als im vorigen Jahr (+3 vH). Die beschleunigte Erhöhung der Bruttobezüge wird sich auch bei den Nettobezügen bemerkbar machen, die mit rund 3 vH um ebenfalls einen Prozentpunkt stärker expandieren werden. Damit zeichnet sich — bei einem Anstieg der Lebenshaltungskosten um 2 vH — erstmals seit fünf Jahren auch für die Netto-Realeinkommen der Arbeitnehmer eine Aufwärtstendenz ab. Sie ist mit 1 vH allerdings sehr gering. Äußerst eng bleibt zudem der Ausgabenspielraum von Empfängern staatlicher Einkom-

mensübertragungen. Für die Renten ist — nach Abzug des Krankenversicherungsbeitrags von den Bruttorenten — nur eine Erhöhung um 1 vH in Sicht; real wird das Rentenniveau also nochmals sinken. Auch die Zahlungen an Arbeitslose werden insgesamt trotz unverändert hoher Arbeitslosigkeit nicht zunehmen, da immer mehr Arbeitslose keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben und auf die niedrigere Arbeitslosenhilfe oder gar auf die noch niedrigere Sozialhilfe angewiesen sind. Die für private Zwecke entnommenen Gewinne und die Vermögenseinkünfte der privaten Haushalte werden in diesem Jahr infolge des abgeschwächten Anstiegs der Gewinne selbst und niedrigerer Zinsen nur etwa halb so stark expandieren wie 1984. Daraus ergibt sich eine unveränderte Zunahme der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 3,5 vH.

Erhöhte Unsicherheit besteht bei der Einschätzung der Sparneigung der privaten Haushalte. Ein Grund ist die Reaktion auf die geplante Einführung abgasarmer Automobile. Wegen der vorgesehenen Förderung der Anschaffung solcher Autos kann durchaus Veranlassung gegeben sein, Käufe vorzuziehen, weil die Ermäßigungen bei der Kraftfahrzeugsteuer im Zeitablauf geringer werden. Viel hängt dabei vom Tempo der Einrichtung von Tankstellen mit bleifreiem Benzin ab. Abgesehen von diesem Sondereinfluß sprechen sinkende Zinsen gegen eine

Erhöhung der Sparquote. Die Konsumausgaben werden wohl im Einklang mit der Entwicklung des verfügbaren Einkommens, d.h. um 3,5 vH, steigen. Für den realen privaten Verbrauch bedeutet dies eine gewisse Beschleunigung, da im Jahresdurchschnitt 1985 die Steigerung der Verbraucherpreise noch geringer sein wird als im vorigen Jahr.

Zunehmender Überschuß der Leistungsbilanz

Die wichtigsten Leitgrößen der realen Wareneinfuhr werden auch im Jahre 1985 nur relativ wenig zunehmen. Der Verlauf des Imports wird weitgehend vom privaten Verbrauch, den Investitionen und den Lagerdispositionen bestimmt. Die Einfuhren von Investitionsgütern dürften, begünstigt von der zunehmenden Investitionstätigkeit im Inland, deutlich steigen, die von Gütern des privaten Verbrauchs trotz der sich wechselkursbedingt verbessernden Wettbewerbsposition ausländischer Anbieter dagegen nur wenig zunehmen. Die Bezüge von industriellen Vorprodukten werden sich ebenfalls nur schwach erhöhen.

Die Einfuhr wird sich bei einer Aufwertung der D-Mark und stagnierenden Weltmarktpreisen für Industrierohstoffe nur geringfügig verteuern, wahrscheinlich deutlich weniger als die Ausfuhr. Damit steht eine Verbesserung

Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland ¹⁾

zu jeweiligen Preisen

	1983	1984	1985	1984		1985	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
in Mrd. DM							
Ausfuhr	540,0	600,5	658,5	285,4	315	318,5	340
Waren	427,7	483,5	535,5	232,1	251,5	262	273,5
Dienstleistungen	112,3	117	123,5	53,4	64	57	66,5
abzüglich: Einfuhr	501,3	552,5	590	270,5	282	290,5	299,5
Waren	373,4	421,5	450	208,6	213	224,5	225,5
Dienstleistungen	127,9	131	139,5	61,9	69,5	66	73,5
Außenbeitrag	38,8	48	69	15,0	33	28,5	40,5
Waren	54,3	62	85,5	23,5	38,5	37,5	48
Dienstleistungen	-15,6	-14	-16,5	-8,5	-5,5	-9	-7,5
Saldo der Übertragungen	-29,5	-32	-33,5	-16,8	-15	-17,5	-16
Leistungsbilanzsaldo	9,2	16	35,5	1,9	18	10,5	24,5
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Ausfuhr	0,2	11	9,5	8,5	14	11,5	8
Waren	0,8	13	11	10,2	15,5	13	9
Dienstleistungen	-2,0	4,5	5	1,5	7	6,5	4
abzüglich: Einfuhr	0,1	10	6,5	11,5	9	7,5	6
Waren	2,2	13	7	14,8	11	7,5	6
Dienstleistungen	-5,8	2,5	6,5	1,5	3,5	6,5	6,5

1) Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Quellen: 1983 und erstes Halbjahr 1984 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1984 Schätzungen des DIW; 1985 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten gerundet.

der Terms of Trade in Aussicht. Der Überschuß im Warenverkehr wird real nochmals kräftig, um rund 13 Mrd. DM, ausgeweitet, in nominaler Rechnung noch stärker. Bei nur geringer Erhöhung des Defizits der unentgeltlichen Leistungen ist damit zu rechnen, daß die Leistungsbilanz in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Jahre 1985 einen Überschuß von rund 35 Mrd. DM aufweist (1984: 16 Mrd. DM).

Weiterer Anstieg des Bruttosozialprodukts

Im vergangenen Jahr war die konjunkturelle Grundtendenz der Produktion durch die Nachwirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen — Rückschlag bei den Ausrüstungsinvestitionen zu Jahresbeginn — und die heftigsten Arbeitskämpfe seit Bestehen der Bundesrepublik gestört. Die Produktionsausfälle, die durch die Arbeitskämpfe verursacht wurden, konnten zwar bis zum Jahresende nicht voll aufgeholt werden, doch haben die Nachholbemühungen im letzten Jahresviertel die wirtschaftliche Aktivität zusätzlich angeregt. Das im Jahresendquartal erreichte Produktionsniveau bildet daher keine „sichere“ Ausgangsbasis für die Produktionsentwicklung im laufenden Jahr; es muß auch hier mit einer Reaktion zu Beginn dieses Jahres gerechnet werden. Danach wird sich jedoch wieder ein deutlicher Anstieg des realen Bruttosozialprodukts ergeben, der, auf laufende Jahresrate umgerechnet, etwa 2,5 bis 3 vH betragen dürfte. Dies ist nicht viel weniger als das Anstiegs-tempo im vergangenen Jahr, das, versuchsweise um die Effekte der Sondereinflüsse bereinigt, etwa 3 vH betragen hat. Hinter der hier vorgelegten Prognose eines jahresdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums von 2 vH, nach 2,5 vH im Jahr 1984, steht damit nicht die Annahme

Entwicklung im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe

Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

	1983	1984	1985
Nettoproduktion ¹⁾			
Bergbau	-4,9	-1	-3
Verarbeitendes Gewerbe	1,0	3	2,5
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	3,1	4	1
Investitionsgüter prod. Gewerbe	-0,4	2,5	4
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	1,6	3	2
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	0,6	1	1
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	0,7	3	2
Weitere Kennziffern			
Beschäftigte Personen	-4,7	-1	0,5
Arbeitszeit	0,7	0,5	-1
Arbeitsvolumen	-4,1	-0,5	-0,5
Produktivität	5,2	3,5	3
Lohnsumme	-0,9	3	4,5
Effektiver Lohnsatz	3,3	3	4
Lohnstückkosten	-1,6	0	2

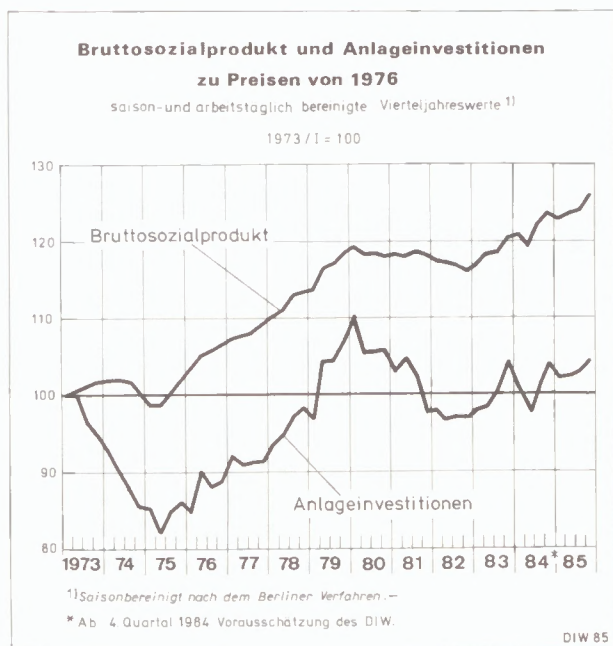
1) Kalendermonatlich, 1980 = 100. -

Quellen: 1983 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und des DIW; 1984 und 1985 Prognose des DIW. Prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

einer deutlichen Wachstumsabschwächung; die Einschätzung der einzelnen Aggregate der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage deutet jedoch auch nicht auf eine Beschleunigung im Vergleich zum vergangenen Jahr hin. Günstiger wäre das Bild nur dann, wenn für die Bauinvestitionen eine Aufwärtsentwicklung statt eines Rückgangs angenommen werden könnte und vom privaten Verbrauch stärkere Impulse ausgingen. Die unbefriedigende Entwicklung dieser beiden Nachfragebereiche hängt zum Teil mit der auf Defiziteinschränkung gerichteten Finanzpolitik zusammen und ist insoweit nicht als „immanente“ Schwäche anzusehen.

Im verarbeitenden Gewerbe wird die Produktion 1985 abermals stärker als das Sozialprodukt steigen, das Tempo wird sich indes etwas verringern. Besonders im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe wird nach den beträchtlichen Wachstumsschüben im Jahre 1984 in der eischaffenden Industrie, der chemischen Industrie und der Zellstoff- und Papiererzeugung eine deutliche Abflachung zu beobachten sein. Dafür sprechen lagerzyklische Einflüsse sowie eine schwächer expandierende Auslandsnachfrage.

Im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe wird dagegen das Produktionsvolumen deutlich stärker zunehmen als 1984. Die Beschleunigung des Wachstums wird insbesondere von den Investitionsgüterherstellern und hier vom Maschinenbau, der elektrotechnischen Industrie sowie von den Herstellern von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen getragen. Der Maschinenbau wird vor allem durch die sich nun verstärkende Investitionsneigung des verarbeitenden Gewerbes begünstigt.



**Kennziffern für die Entwicklung
des Produktionspotentials im Unternehmensbereich ¹⁾**
Veränderungen in vH gegenüber Vorjahr

	1982	1983	1984	1985
Brutto-Anlageinvestitionen	-4,8	5,3	0	4,5
Brutto-Anlagevermögen ²⁾	3,1	2,9	2,8	2,7
Kapitalkoeffizient	1,5	1,7	1,6	1,5
Produktionspotential	1,6	1,2	1,2	1,2
Bruttowertschöpfung	-1,1	1,0	3	2,5
Bruttowertschöpfung in vH des Produktionspotentials ³⁾	89,4	89,2	90,8	92,0
1) Ohne Wohnungsvermietung. - 2) Jahresdurchschnittswerte.- 3) Letztes Maximum 1979: 95,8; letztes Minimum 1975: 87,5.				
<u>Quellen:</u> Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamt- rechnung zu Preisen von 1976; DIW-Vermögens- und Po- tentialrechnung (Neuberechnung im Rahmen der Struktur- berichterstattung).				

Bei dem für 1985 zu erwartenden Investitionsanstieg im gesamten Unternehmensbereich (ohne Wohnungsvermietung) um gut 4,5 vH wird das Wachstum des Produktionspotentials 1,2 vH betragen. Dies entspricht der Rate in den letzten Jahren. Die mit 2,5 vH abermals stärker zunehmende Produktionstätigkeit des Unternehmensbereichs läßt für 1985 einen Auslastungsanstieg auf knapp 92 vH erwarten. Trotz des inzwischen einschneidend verminderten Potentialwachstums — bedingt durch Investitionen, die im kommenden Jahr erst etwa das Niveau von 1980 erreichen werden — wird die Auslastung damit noch immer deutlich unter dem im Jahre 1979 erreichten Höchstwert von 96 vH bleiben.

Erstmals leichter Anstieg der Beschäftigtenzahl

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt wird in diesem Jahr außer von den konjunkturellen Einflußfaktoren und der demographisch und wanderungsbedingten Entwicklung durch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit in einigen Wirtschaftsbereichen sowie die Regelung über den Vorruhestand beeinflußt.

Bei den konjunkturellen Faktoren ergibt sich ein zwiespältiges Bild; die Industrie wird ihre Beschäftigtenzahl wegen der günstigen Nachfrageentwicklung im Investitionsgüterbereich erhöhen. Außerdem dürfte die Verkürzung der Wochenarbeitszeit in der Metallindustrie einen gewissen zusätzlichen Personalbedarf bewirken, da das durch die Verkürzung entfallende Arbeitsvolumen nicht vollständig durch Überstunden und verstärkten Produktivitätsanstieg kompensiert werden kann. Allerdings wird dieser Beschäftigungseffekt nicht allzu groß sein; er wird hier mit 30 000 veranschlagt, das ist etwa ½ vH der in der Metallindustrie insgesamt Beschäftigten. Weiter zunehmen wird die Beschäftigung im tertiären Sektor.

Einer Mehrbeschäftigung in der Industrie und im Dienstleistungsbereich steht ein spürbarer Rückgang in der Bauwirtschaft gegenüber; er ist auf 100 000 Personen zu veranschlagen. Insgesamt wird die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer 1985 daher nur um 0,2 vH steigen. Der Absorptionseffekt der Mehrbeschäftigung auf den Arbeitsmarkt wird also gering sein.

Arbeitsmarkt ¹⁾

	1983	1984	1985	1984		1985	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
in 1 000 Personen							
Erwerbspersonen	27 445	27 360	27 395	27 324	27 390	27 345	27 445
Erwerbstätige	25 187	25 090	25 130	24 976	25 205	24 995	25 265
Abhängig Beschäftigte	21 962	21 860	21 905	21 745	21 975	21 765	22 045
Selbständige u. mith. Familienangeh.	3 225	3 230	3 225	3 231	3 230	3 230	3 225
Arbeitslose	2 258	2 265	2 265	2 348	2 185	2 350	2 180
Nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote in vH	9,3	9,5	9,5	9,8	9	10	9
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Erwerbspersonen	-0,1	-0,5	0	-0,4	-0	0	0
Erwerbstätige	-1,7	-0,5	0	-0,5	-0	0	0,5
Abhängig Beschäftigte	-1,9	-0,5	0	-0,6	-0,5	0	0,5
Selbständige u. mith. Familienangeh.	-0,4	0	-0	0,2	0	-0	-0

1) Inländerkonzept.
Quellen: 1983 und erstes Halbjahr 1984 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und der Bundesanstalt für Arbeit; zweites Halbjahr 1984 Schätzungen des DIW; 1985 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten gerundet.

Die Zahl der Arbeitslosen wird im Durchschnitt dieses Jahres zudem durch die Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelung etwas gedrückt, und zwar in den Fällen, in denen die Vorruheständler tatsächlich ersetzt werden. Im Falle einer Inanspruchnahme und Wiederbesetzung führt die Vorruhestandsregelung nicht zur Erhöhung der Zahl der Beschäftigten, sondern allein zu einer Reduzierung der Zahl der Arbeitslosen. Dieser Effekt wird für das laufende Jahr mit etwa 50 000 Personen veranschlagt. Er geht zugleich zu Lasten des Wachstums des Erwerbspersonenpotentials. Setzt sich zudem die Nettoabwanderung von ausländischen Arbeitnehmern fort, wird das Erwerbspersonenpotential insgesamt in diesem Jahr nur noch etwa um soviel Personen zunehmen, wie die Zahl der Beschäftigten steigt, d.h. um etwa 40 000.

Die Zahl der Arbeitslosen wird dabei, wie schon in den beiden Vorjahren, rund 2¼ Million betragen, die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote weiterhin höher als 9 vH sein.

Die Zahl der Kurzarbeiter hat sich in den letzten Monaten des vergangenen Jahres günstig entwickelt. Sie betrug zum Jahresende nur etwa 250 000, nach über einer halben Million am Jahresbeginn. Die weitere Entwicklung wird vor allem durch die sich verschlechternde Beschäftigungslage in der Bauwirtschaft belastet werden. Bei der zuletzt besonders großen Zahl von Kurzarbeitern aus dem Bergbau zeichnet sich insgesamt keine Verminderung ab. So hat, alles in allem genommen, die Kurzarbeit ihren Tiefpunkt wohl schon erreicht oder durchschritten. Auch im Jahresdurchschnitt 1985 wird die Zahl der Kurzarbeiter 300 000 bis 400 000 betragen.

Erfreuliche Preistendenz hält an

Die günstige gesamtwirtschaftliche Preisentwicklung von 1984 wird sich auch in diesem Jahr fortsetzen. Zwar werden die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten mit 2 vH wieder steigen, aber die Verteuerung der Einfuhren wird sich — bei der angenommenen Erhöhung des Außenwerts der D-Mark gegenüber dem US-Dollar — vermutlich auf 2 vH reduzieren und damit nur noch etwa halb so hoch sein wie 1984.

Dabei sind je nach Stärke des Nachfrageanstiegs und der Intensität des Wettbewerbs bei den einzelnen Nachfragebereichen die Tendenzen unterschiedlich. Vor allem die Preise für Ausrüstungen werden wieder stärker anziehen. Die Verteuerung der Bauinvestitionen wird sich dagegen im Verlauf des Jahres 1985 abschwächen und weniger als 2 vH betragen.

Bei den Preisen für die Lebenshaltung ergab sich am Jahresende 1984 ein Überhang von knapp 1 vH, vor allem bedingt durch die überdurchschnittliche Mieterhöhung. Eine Rolle hat allerdings auch gespielt, daß wegen der D-Mark-Schwäche die Preise von Heizöl und Kraftstoffen im Herbst 1984 vorübergehend kräftig gestie-

gen sind. Schon wegen der tendenziell sinkenden Nachfrage sind hier wieder Preissenkungen zu erwarten, so daß die Preisentwicklung 1985 von dieser Seite her eher entlastet wird. Auch die Dienstleistungen werden sich nur wenig mehr als 1984 verteuern, da die tariflichen Einkommensanhebungen nur etwas größer als im Vorjahr sein werden. Bei industriell erzeugten Gütern werden sich die schwach steigenden Einfuhrpreise auswirken. Insgesamt werden die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt mit 2 vH schwächer als 1984 (2,5 vH) steigen.

Im Gegensatz zu 1984 werden sich die Terms of Trade in diesem Jahr wieder verbessern. Zwar wird sich der Preisauftrieb auch bei den Exporten parallel zur schwächeren Nachfrageentwicklung etwas abschwächen — und zwar von 3,5 auf 3 vH —, aber die Verlangsamung bei den Importen ist soviel stärker, daß die Rate mit 2 vH — nach 4,5 vH im Vorjahr — nun deutlich unter der der Ausfuhren liegen wird.

Insgesamt wird die Preisentwicklung der gesamten Güternachfrage in diesem Jahr mit rund 2,5 vH etwa ebenso erfreulich niedrig sein wie 1984. Für den Deflationierungsfaktor, den Preisindex für das Bruttosozialprodukt, errechnet sich dabei allerdings mit 2,5 vH eine leichte Beschleunigung gegenüber 1984 (2 vH).

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Unter Einschluß des Jahres 1985 ergibt die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland für drei Jahre das Bild einer zwar stetigen, aber schwachen Aufwärtsbewegung. Diese ist zu schwach, um zu den erforderlichen Entspannungstendenzen am Arbeitsmarkt zu führen. Drei Jahre eines konjunkturellen Erholungsprozesses werden nicht mehr bringen als die Überschreitung des vor der Rezession verlassenen Produktionsniveaus um ganze 4,5 vH.

Aber auch das Bild einer nun stetiger gewordenen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist trügerisch; es bestätigt jedenfalls nicht die Hypothese, daß mit dem häufig geforderten Verzicht des Staates auf aktive Konjunkturpolitik die Wirtschaft zu einem weniger störanfälligen Verlauf gelangen kann. Betrachtet man die nachfrageseitigen Impulse, die die dreijährige — 1985 als gegeben vorausgesetzte — Erholung angeregt und weiter getragen haben, so zeigt sich weder Stetigkeit noch konjunkturpolitische Enthaltsamkeit: 1983 waren es insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen, die durch die Investitionszulage angeregt worden waren, und, zeitlich sogar noch davor ansetzend, ein bemerkenswerter — aber nur kurzfristiger — Anstieg des privaten Verbrauchs. Die Ausfuhr hat 1983 erst im letzten Teil des Jahres einen Wachstumsbeitrag gebracht.

1984 ist die Ausfuhr dann zum Hauptträger des Wirtschaftswachstums geworden; die Finanzpolitik wirkte restriktiv, und der private Verbrauch stagnierte das ganze Jahr hindurch.

1985 werden bei der Inlandsnachfrage vor allem die Ausrüstungsinvestitionen konjunkturbelebend wirken, geringfügig unterstützt durch eine leichte Beschleunigung im Anstieg des privaten Verbrauchs. Ohne die weiterhin starke Zugkraft der Ausfuhr wäre allerdings schon wieder eine gravierende Wachstumsabschwächung zu befürchten.

Insbesondere die Finanzpolitik hat, abgesehen von den zeitlich sehr begrenzten Wirkungen der Investitionszulage, die konjunkturelle Erholung von 1983 bis 1985 eher gedämpft als gefördert. Die Wirkungen der verringerten Haushaltsdefizite auf die Zinsen am Kapitalmarkt sind nicht nennenswert gewesen; das Verhalten der Bundesbank führte dazu, daß das nach wie vor hohe Niveau der Realzinsen vor allem von ausländischen Einflüssen bestimmt wurde. Die hohen Kapazitätsreserven hätten einen vorherigen Verzicht des Staates auf die Beanspruchung des Produktionspotentials ohnehin erübrigt, und die mit diesem Verzicht tatsächlich verbundenen Nachfrageausfälle haben zugleich die Unternehmen davon abgehalten, mehr zu investieren, weil ihre Absatzerwartungen unbefriedigend blieben.

Wirtschaftspolitisch ist aus dieser Betrachtung zu lernen, daß die Bundesrepublik sich nun mit großer Wahrscheinlichkeit nicht auf dem Pfad eines sich selbst verstärkenden Wirtschaftswachstums befindet, der schließlich steil genug wird, um auch zu deutlichen Steigerungen der Beschäftigtenzahl zu führen. Ohne die Stützung durch den Export würde das schon in diesem Jahr bald offensichtlich werden. Aber auf Dauer ist auf eine derartig günstige exportgetriebene Konjunktur nicht zu setzen. Die Verantwortungsbereitschaft der Finanzpolitik muß sich wieder vergrößern. Spielraum hierzu ist durch die Konsolidierung entstanden: Daß hierbei die hohen und steigenden Bundesbankgewinne eine nicht geringe Rolle gespielt haben, sollte nicht als Schönheitsfehler, sondern eher als willkommene Unterstützung dieser Bemühungen angesehen werden.

In die Skala des finanzpolitisch Erforderlichen fügen sich die Pläne der Regierung, 1986 und 1988 die Steuern vom Einkommen zu senken, reibungslos ein. Daß dabei zunächst Familien bevorzugt entlastet werden sollen, ist unter Nachfragegesichtspunkten ebenfalls zu begrüßen. Die lange diskutierte Möglichkeit, die Entlastung in einem Zuge 1986 vorzunehmen, hätte sowohl konjunktur- als auch angebotspolitisch ebenfalls in das mittelfristig sich abzeichnende Bild unzureichenden Wirtschaftswachstums gepaßt: Ohne einen kräftigen Nachfragestoß dürfte die Wachstumsschwäche nicht zu überwinden sein.

Wenn dennoch für die Entscheidung der Regierung, die steuerliche Entlastung auf zwei Stufen zu verteilen, Verständnis aufgebracht werden sollte, so deshalb, weil mit dem schlagartigen Aufreißen derartig großer Haushaltslöcher wahrscheinlich eine neue Konsolidierungsrunde auf der Ausgabenseite einsetzen würde, nachdem

kaum die negativen Wirkungen der bisherigen Konsolidierung abzuklingen versprechen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der Opfer, die von breiten Bevölkerungsschichten für die bisherige Konsolidierung gefordert worden sind.

Die Verteilung der steuerlichen Entlastung auf zwei Stufen ermöglicht es außerdem, den nun seit Jahren vernachlässigten öffentlichen Investitionen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Die Notwendigkeit, die öffentlichen Investitionen in den Bereichen zu verstärken, in denen in den letzten Jahren sowohl der Neubedarf als sogar auch der Ersatzbedarf ungedeckt blieben, wird auch von Bundesregierung und Bundesbank gesehen. Bei der Einsicht sollte es aber nicht bleiben; vielmehr wären Absprachen zwischen allen Ebenen der Gebietskörperschaften erforderlich, bei denen den Gemeinden Gewißheit gegeben werden müßte, daß sie bei einer Ausweitung ihrer Investitionen nicht alsbald wieder in prekäre Haushaltssituationen gerieten. Finanzierungsmittel hierfür ließen sich auch gewinnen, wenn mit der Verringerung der Subventionen ernstgemacht würde. Dies kann aber nur selektiv und unter Beachtung der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Prioritäten, nicht aber nach dem „Rasenmäherprinzip“ geschehen.

Der Staat muß aber auch bereit sein, vernachlässigte Bedarfsfelder, vor allem der sozialen Dienste, zu erschließen. Hierzu gehört die personelle Ausstattung der neuen und der modernisierten Einrichtungen, generell also die Bereitschaft, die restriktive Einstellungspolitik aufzugeben.

Die Bedeutung von Investitionen und Maßnahmen zum Umweltschutz wird immer größer. Allerdings liegt hier eine Aufgabe, die von Staat, Wirtschaft und privaten Haushalten gemeinsam bewältigt werden muß.

Empfehlungen an die Tarifparteien müssen gegenwärtig insbesondere darauf zielen, die jetzt in Gang gekommene Arbeitszeitverkürzung als eine beschäftigungspolitische Stütze und nicht etwa als beschäftigungspolitisches Hemmnis zu handhaben. Dies gilt insbesondere für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Im Rahmen einer flexiblen Ausgestaltung muß gewährleistet bleiben, daß die Nutzungsdauer der technischen Kapazitäten nicht sinkt. Hierzu bedarf es nicht unbedingt einer unterschiedlichen individuellen Arbeitszeit in den Betrieben bei einer durchschnittlichen Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 38,5 Stunden. Auch eine Staffelung der individuellen Arbeitszeit innerhalb der Betriebe kann zu diesem Ziel führen und wahrscheinlich gerade dann die gewünschten zusätzlichen Einstellungen ermöglichen. Die Bereitschaft von Belegschaftsvertretungen und Unternehmen, gemeinsam über die im Einzelfall effiziente und für beide Seiten akzeptable organisatorische Regelung zu diskutieren, sollte auf jeden Fall im Vordergrund stehen.

Bei den Arbeitszeitverkürzungen in der Metall- und in der Druckindustrie sind, obwohl der vereinbarte Schritt relativ groß ist, für die Kostenwirkungen vertretbare Vereinbarungen getroffen worden. Für die Beschäftigungswirkungen läßt sich dagegen noch keine klare Einschätzung vornehmen. Ermutigend ist hier, daß die betroffenen Wirtschaftszweige günstige konjunkturelle Perspektiven haben, d.h. eine zunehmende Nachfrage vielerorts zu Einstellungen veranlassen wird. Deshalb konnte in der vorliegenden Prognose mit einer positiven Beschäftigungswirkung gerechnet werden. Wird in diesem oder im nächsten Jahr in anderen Wirtschaftszweigen mit dem Ziel einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit verhandelt, so sollte dieser Zusammenhang zwischen konjunktureller Situation und Beschäftigungswirkung beachtet werden. In der Metallindustrie gilt die Vereinbarung bis Ende 1986, also nur für eine relativ kurze Laufzeit. Bei Neuverhandlungen, die dann anstehen, sollte ebenfalls genau geprüft werden, inwieweit konjunkturelle Impulse vielleicht zu einer Beschleunigung der Beschäftigungseffekte beigetragen haben könnten und ob sie auch für die Folgezeit so zu erwarten sind.

Die Bundesbank sollte an ihrem im zweiten Halbjahr 1984 verfolgten geldpolitischen Kurs ohne Abstriche festhalten, d.h. weiterhin für eine Expansion der Zentralbankgeldmenge um etwa 5 vH sorgen. Eine solche, durch baldige Leitzinssenkungen flankierte Geldpolitik würde einen weiteren, fühlbaren Rückgang des Kapitalzinses ermöglichen. Sie wäre nicht nur wachstumspolitisch geboten, sondern auch stabilitätspolitisch vertretbar: Das Risiko, daß die etwas verstärkten Lohnkostensteigerungen sowie Importverteuerungen die Inflation anheizen könnten, ist gering, da die für 1985 zu erwartende konjunkturelle Konstellation nur wenig Überwälzungsspiel-

raum bietet. Überdies wird der Anstieg der Lohnstückkosten abermals niedriger sein als die Preissteigerungsrate.

Sicherlich würde eine monetäre Expansion von 5 vH zu einem „Geldüberhang“ führen, da sie den konjunkturbedingten Mehrbedarf an Zentralbankgeld übertreffen würde. Ein solcher Geldüberhang würde jedoch kein Inflationspotential darstellen, sondern wäre ein notwendiges, konjunkturstabilisierendes Element einer am mittelfristig möglichen Wirtschaftswachstum ausgerichteten Geldmengenpolitik: In dem Maße, wie konjunkturbedingt der Geldbedarf der Wirtschaft hinter dem Geldangebot zurückbleibt, werden Zinssenkungen ausgelöst, die der Konjunkturschwäche entgegenwirken. Eine aus Furcht vor diesem konjunkturellen Geldüberhang vorgenommene Anpassung der monetären Expansion an eine schwächere Expansion des Sozialprodukts würde also prozyklisch, in diesem Falle restriktiv auf Investitionen, Produktion und Beschäftigung wirken.

Die Gefahr, daß es hierzu, wenigstens der Tendenz nach, kommt, ist gegeben. Die Bundesbank hat ihr Geldmengenziel für 1985 mit laufenden Raten von 3 und 5 vH niedriger angesetzt als das Geldmengenziel für 1984 (4 und 6 vH); zwar hat sie zugleich versichert, sie wolle damit nicht auf eine restriktive Linie einschwenken und schließe auch nicht aus, daß die bisherige monetäre Expansion fortgesetzt werde. Dabei wäre der neue Zielkorridor nicht mehr symmetrisch, d.h. er umschlösse keine gleiche Spanne nach oben und unten. In diesem Falle wären bei den Fehlermöglichkeiten der Geldmengensteuerung zumindest kurzfristig Überschreitungen des oberen Randes des Korridors nicht auszuschließen. Mit einem gegenüber 1984 unveränderten Zielkorridor hätten sich diese Gefahr und damit auch mögliche Fehlinterpretationen der Glaubwürdigkeit von Geldmengenzielen vermeiden lassen.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 1984 und 1985

	1983	1984	1985	1984		1985	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1.Entstehung des Sozialprodukts Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Zahl der Erwerbstätigen	-1,7	-0,5	0	-0,5	-0	0	0,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	0,1	-0	-0	-0,4	0	0	-0,5
Arbeitstage	0,1	-0,5	-0,5	0,8	-1,5	-2	0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-1,6	-1	-0,5	-0,1	-1,5	-1,5	0,5
Produktivität 1)	2,6	3,5	3	2,4	4,5	4	1,5
Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1976	1,0	2,5	2	2,3	2,5	2,5	2
2. Verwendung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch	947,2	979	1 014,5	475,6	503,5	491,5	523
Staatsverbrauch	334,2	347,5	361	160,5	187	166	195
Anlageinvestitionen	346,5	355,5	368,5	161,4	194	168,5	200
Ausrüstungen	137,6	140,5	154,5	61,5	79	70,5	84
Bauten	209,0	215	214	99,9	115,5	98	116
Vorratsveränderung	4,9	16,5	15	13,7	3	10,5	4,5
Außenbeitrag	38,8	48	69	15,0	33	28,5	40,5
Ausfuhr	540,0	600,5	658,5	285,4	315	318,5	340
Einfuhr	501,3	552,5	590	270,5	282	290,5	299,5
Bruttosozialprodukt	1 671,6	1 747	1 828	826,1	921	865	963
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	4,1	3,5	3,5	3,7	3	3,5	4
Staatsverbrauch	2,7	4	4	3,9	4	3,5	4
Anlageinvestitionen	4,8	2,5	3,5	3,4	2	4,5	3
Ausrüstungen	8,5	2	10	-1,1	4,5	15	6,5
Bauten	2,5	3	-0,5	6,4	0	-2	1
Ausfuhr	0,2	11	9,5	8,5	14	11,5	8
Einfuhr	0,1	10	6,5	11,5	9	7,5	6
Bruttosozialprodukt	4,5	4,5	4,5	4,3	4,5	4,5	4,5
3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen von 1976 a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch	706,1	711,5	721,5	347,7	364	352,5	369
Staatsverbrauch	248,7	251,5	253,5	123,2	128,5	123,5	130
Anlageinvestitionen	256,5	257,5	262	117,5	140	120,5	141,5
Ausrüstungen	109,5	109,5	117,5	48,5	61	54	63
Bauten	147,0	148	144,5	69,0	79	66,5	78,5
Vorratsveränderung	3,8	14,5	13,5	10,4	4	7,5	6
Außenbeitrag	50,1	61,5	74	24,1	37,5	33,5	40,5
Ausfuhr	417,3	449	478,5	216,1	233	233,5	245
Einfuhr	367,2	387,5	405	192,0	195,5	200	205
Bruttosozialprodukt	1 265,1	1 296,5	1 324,5	622,8	673,5	637,5	687
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	1,1	1	1,5	0,6	1	1,5	1,5
Staatsverbrauch	0,0	1	1	1,0	1	0,5	1
Anlageinvestitionen	3,1	0,5	1,5	0,9	0	2,5	1
Ausrüstungen	6,1	0	7	-2,6	2,5	11,5	3,5
Bauten	0,9	0,5	-2,5	3,5	-1,5	-4	-1
Ausfuhr	-1,3	7,5	6,5	5,5	9,5	8	5,5
Einfuhr	0,5	5,5	4,5	7,0	4	4	5
Bruttosozialprodukt	1,3	2,5	2	2,3	2,5	2,5	2

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1983	1984	1985	1984		1985	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1976 = 100) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	2,9	2,5	2	3,0	2	2	2,5
Staatsverbrauch	2,7	3	3	2,8	3	3	3
Anlageinvestitionen	1,7	2	2	2,5	2	2	2
Ausrüstungen	2,3	2	3	1,5	2,5	3	3
Bauten	1,6	2	2	2,8	1,5	2	1,5
Ausfuhr	1,5	3,5	3	2,8	4	3,5	2,5
Einfuhr	-0,5	4,5	2	4,2	5	3	1
Bruttosozialprodukt	3,2	2	2,5	2,0	2	2,5	2,5
5. Einkommensentstehung und -verteilung a) Mrd. DM							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	915,4	939,5	980	443,1	496,5	459,5	520
Bruttolohn- und -gehaltsumme	742,3	761	793	358,9	402	372	420,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	510,2	517	532,5	246,2	271	252,5	280
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	362,0	395	416,5	181,0	214	196,5	220
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	297,9	328	347	148,3	179,5	163	184
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ²⁾	280,5	309	330	147,7	161,5	158,5	171,5
Nichtentnommene Gewinne	17,5	19	17	0,6	18,5	4,5	12,5
Volkseinkommen	1 277,5	1 335	1 396,5	624,1	710,5	656	740
Abschreibungen	210,6	222	234,5	109,5	112,5	116	118,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	183,5	190,5	197	92,5	98	93	104,5
Bruttosozialprodukt	1 671,6	1 747	1 828	826,1	921	865	963
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1,7	2,5	4,5	2,7	2,5	4	4,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1,4	2,5	4	2,8	2	3,5	4,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	0,4	1,5	3	1,4	1,5	2,5	3,5
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	3,4	3	4	3,4	2,5	3,5	4,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	2,3	2	3	2,0	1,5	2,5	3
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	11,2	9	5,5	5,8	12	8,5	3
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	12,9	10	6	5,3	14,5	10	2,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ²⁾	3,7	10	6,5	6,2	14	7,5	6
Volkseinkommen	4,2	4,5	4,5	3,6	5,5	5	4
Abschreibungen	5,1	5,5	5,5	5,5	5	6	5,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	6,4	3,5	3,5	7,2	0,5	0,5	6,5
Bruttosozialprodukt	4,5	4,5	4,5	4,3	4,5	4,5	4,5
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte a) Mrd. DM							
Nettolohn- und -gehaltsumme	510,2	517	532,5	246,2	271	252,5	280
Empfangene laufende Übertragungen ³⁾	290,2	293	300	146,3	146,5	149	150,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	319,3	349	369	169,1	180	179,5	189,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	18,5	17,5	17,5	8,9	9	9	9
Geleistete laufende Übertragungen ⁴⁾	32,5	34	35,5	16,1	18	17	19
Verfügbares Einkommen	1 068,8	1 107	1 148	536,6	570,5	555,5	592,5
Privater Verbrauch	947,2	979	1 014,5	475,6	503,5	491,5	523
Ersparnis	121,6	128	133,5	61,0	67	64	69,5
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	11,4	11,5	11,5	11,4	12	11,5	12

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1983	1984	1985	1984		1985	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Nettolohn- und -gehaltsumme	0,4	1,5	3	1,4	1,5	2,5	3,5
Empfangene laufende Übertragungen 3)	2,6	1	2,5	1,1	1	2	3
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	4,8	9,5	5,5	8,6	10	6	5
Verfügbares Einkommen	2,4	3,5	3,5	3,4	4	3,5	4
Privater Verbrauch	4,1	3,5	3,5	3,7	3	3,5	4
Ersparnis	-9,2	5,5	4,5	1,5	9	4,5	4
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁵⁾							
a) Mrd. DM							
Einnahmen							
Steuern	414,7	436,5	457,5	206,5	230	213	244,5
Sozialbeiträge	290,3	301,5	316	142,2	159,5	148	167,5
Erwerbseinkünfte	29,7	30	33,5	15,8	14,5	17,5	16
Sonstige laufende Übertragungen	19,8	21,5	22	9,9	11,5	10	12
Empfangene Vermögensübertragungen	6,4	6,5	6,5	2,9	3,5	3	3,5
Einnahmen insgesamt	760,9	796	835	377,4	418,5	391,5	443,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	334,2	347,5	361	160,5	187	166	195
Zinsen	50,1	52,5	55	28,3	24,5	29,5	25,5
Laufende Übertragungen an	356,8	367	376	182,4	184,5	186,5	189,5
Private Haushalte	296,1	300,5	307	150,6	150	153,5	153,5
Unternehmen	34,6	38,5	39,5	17,2	21,5	18	21,5
Ausland	26,1	28	29,5	14,6	13,5	15	14,5
Geleistete Vermögensübertragungen	32,9	34	31,5	15,3	19	13	18,5
Nettoinvestitionen	32,5	31,5	32,5	12,5	19	13,5	19
Ausgaben insgesamt	806,4	833	856	399,0	434	408,5	447,5
Finanzierungssaldo	-45,5	-37	-21	-21,7	-15,5	-17	-4
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	5,0	5	5	8,1	3	3	6,5
Sozialbeiträge	2,0	4	5	3,1	4,5	4	5,5
Erwerbseinkünfte	0,1	1,5	11,5	-22,3	52,5	9,5	13,5
Sonstige laufende Übertragungen	20,6	7,5	2,5	6,4	9	1	3,5
Empfangene Vermögensübertragungen	1,3	2	2	3,6	0,5	3	1
Einnahmen insgesamt	3,9	4,5	5	4,4	4,5	4	6
Ausgaben							
Staatsverbrauch	2,7	4	4	3,9	4	3,5	4
Zinsen	14,1	5	4,5	2,9	7,5	4	5
Laufende Übertragungen an	2,1	3	2,5	3,3	2,5	2,5	2,5
Private Haushalte	1,5	1,5	2	1,5	1,5	2	2,5
Unternehmen	4,7	11,5	2	13,0	10,5	4,5	0,5
Ausland	5,6	7,5	5,5	12,1	2,5	4	7
Geleistete Vermögensübertragungen	3,1	3,5	-7,5	6,5	1,5	-14	-2,5
Nettoinvestitionen	-11,1	-2,5	3	-5,2	-1	7,5	0
Ausgaben insgesamt	2,5	3,5	3	3,3	3,5	2,5	3
1) Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1976 je Erwerbstätigenstunde. - 2) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. - 3) Soziale Leistungen abzüglich der Lohnsteuer auf Pensionen und der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen sowie der Eigenbeiträge der Rentner zur Krankenversicherung. - 4) Nichtzurechenbare Steuern, Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u. ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. - 5) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.							
Quellen: 1983 und erstes Halbjahr 1984 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität; zweites Halbjahr 1984 Schätzungen des DIW und 1985 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten gerundet.							

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
 Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
 BTX-Systemnummer • 2 99 11 *

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp
 Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
 Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler,
 Dr. Wolfgang Watter, Dr. Hans-Joachim Ziesing.
 Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1985. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur im DIW.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.
 Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.
 Zuzüglich Versandkosten.